

Eine resiliente Demokratie, die Lösungen liefert

Auswertung der Beiträge aus den Online-Diskussionen zu drei Fragenkreisen, mit Problembeschreibungen und Lösungsvorschlägen

August 2024

Inhaltsverzeichnis

Fragen:

Was hindert Politiker*innen derzeit daran, miteinander konstruktiv zu handeln? Was unterstützt sie dabei?

Was müsste systematisch geändert werden, damit Politiker*innen, die konstruktiv zusammenarbeiten, einen Wettbewerbsvorteil haben und destruktives Verhalten nicht belohnt wird?

Fragen:

Welche politischen Verfahren müssen in Österreich etabliert werden, um zu bessern und besser akzeptieren Entscheidungen zu kommen?

Wie sollten wir die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Stakeholdern organisieren?

Was können wir von anderen Organisationen und politischen Institutionen lernen?

Fragen:

Welche Qualifikationen bzw. Auswahlkriterien sollten bei der Auswahl von Personen für die zentralen politischen Funktionen - Nationalratspräsident*in, Innen- und Justizminister*in sowie Kanzler*in - angewendet werden, um sicherzustellen, dass nur demokratisch verantwortungsbewusste Personen gewählt oder ernannt werden?

Fragen:

Was hindert Politiker*innen derzeit daran, miteinander konstruktiv zu handeln? Was unterstützt sie dabei?

Was müsste systematisch geändert werden, damit Politiker*innen, die konstruktiv zusammenarbeiten, einen Wettbewerbsvorteil haben und destruktives Verhalten nicht belohnt wird?

Vom Persönlichkeitskult zur Teamarbeit

Problembeschreibung: Der zunehmende Populismus, verstärkt durch den Aufstieg der sozialen Medien, fördert einen Persönlichkeitskult in der politischen Arena. Dieser Kult fokussiert sich stark auf einzelne Politikerinnen und Politiker als "Celebrities" und weniger auf Parteien, Fraktionen oder gar überparteiliche Kooperationen und das Parlament als kollektiven Akteur für gesellschaftlichen Wandel. Diese Dynamik bevorzugt Politikerinnen und Politiker, die sich als Einzelakteure profilieren und aus der Masse hervorstechen, während diejenigen, die konstruktiv im Team arbeiten, benachteiligt werden. Die Medienlogik trägt zu diesem Problem bei, da politische Prozesse, die durch Teamarbeit getragen werden, selten im Vordergrund stehen.

Lösungen: Eine Möglichkeit, diesen Missstand zu beheben, besteht in der **aktiven Kommunikation der Prozesse**, die hinter politischen Entscheidungen stehen. Es sollte transparent gemacht werden, wie Gesetze zustande kommen, welche Verhandlungsschritte unternommen wurden und wer welche Beiträge geleistet hat, um letztendlich zu einem Kompromiss zu gelangen. Diese stärkere Sichtbarmachung des „Backstage“-Bereichs des legislativen Prozesses könnte die derzeitige Schieflage zugunsten der Einzelkämpfer bis zu einem gewissen Grad ausgleichen.

Destruktives Verhalten Einzelner sollte offen thematisiert und adressiert werden.

Darüber hinaus ist es wichtig, den politischen Kompromiss wieder positiv zu besetzen und beispielhaft zu zeigen, wie solche Kompromisse zustande kommen. **Formate in den Medien und im Parlament, in denen Politikerinnen und Politiker unterschiedlicher Parteien gemeinsam erläutern**, wie Kompromisse erzielt wurden, könnten dabei eine zentrale Rolle spielen.

Die politische Mitte und die Stabilität der Demokratie

Problembeschreibung:

Langfristig kann Demokratie nur dann erfolgreich bestehen, wenn sie von der politischen Mitte getragen wird, da extreme Positionen an den Rändern keine stabilen Mehrheiten schaffen können. Die Stabilität der Mitte hängt von ihrer Fähigkeit zu Kompromissen ab, denn der Kompromiss ist entscheidend für die Stärkung der Mitte. Wenn die politische Mitte zur Quelle der Langeweile wird, gefährdet dies die Demokratie. Eine Erosion der Demokratie tritt auf, wenn sie in starre Lager zerfällt und die Mitte schwächer wird. Genau das passiert derzeit in vielen westlichen Demokratien. Dieser Prozess wird dadurch verstärkt, dass in der öffentlichen Kommunikation oft unklar ist, was die Mehrheitsmeinung tatsächlich ist und welche Folgen die Unterstützung extrem einseitiger Positionen haben kann.

Lösungen:

1. Den Wettbewerb politischer Ideen stärken.
2. Diskurs statt Kampagnen priorisieren.
3. Plattformen schaffen, die speziell junge Menschen und Frauen einbeziehen.
4. Professionelle Auftritte der politischen Mitte in sozialen Medien entwickeln.
5. Medienförderung so gestalten, dass Qualität bei der Vergabe von Mitteln berücksichtigt wird.
6. Message Control sollte evidenzbasiertes Handeln bedeuten.
7. Neue Medienformate wie den „Pragmaticus“ entwickeln.
8. Politische Akademien zu Zentren für Vordenken und Dialog ausbauen.
9. Die Mitte durch regelmäßigen Meinungsaustausch auf verschiedenen Ebenen stärken.
10. Repräsentanten der Demokratie gezielter auswählen, schulen und verpflichten, einschließlich Prüfungen ihrer charakterlichen Eigenschaften.
11. Politisches Engagement attraktiver gestalten, um der „Privilegienfalle“ zu entgehen.
12. Regelmäßige Rechenschaft gegenüber der Gesellschaft ablegen.
13. Repräsentanten extremer Positionen öffentlich zur Rechenschaft ziehen.

Zusätzliche Anmerkungen zur Diskussion um politische Akademien:

Es wurde vorgeschlagen, Teile der Parteienförderung in politische Akademien umzuschichten, wie es in Deutschland der Fall ist. Diese Akademien könnten durch eine bessere finanzielle Ausstattung eine stärkere Rolle an der Schnittstelle

zur Wissenschaft spielen. Ein konkretes Profil für diese Akademien sollte festgelegt werden, um ihre Aufgaben klar zu definieren, und eine paritätische Struktur wäre zu bevorzugen, um politische Neutralität zu gewährleisten. Dies setzt jedoch voraus, dass die Akademien nicht primär als Unterstützer tagespolitischer Interessen ihrer jeweiligen Partei agieren.

Optimierung der Demokratie: Handlungsempfehlungen aus dem Grünbuch Demokratieforum

Problembeschreibung: Das Grünbuch Demokratieforum, initiiert vom Oberösterreichischen Landtag und der Initiative Wirtschaftsstandort Oberösterreich, zielt darauf ab, die Demokratie zu stärken und weiterzuentwickeln. Durch einen umfassenden, mehrphasigen Prozess, der öffentliche Beteiligung einbezog, wurden Defizite und Herausforderungen im demokratischen System identifiziert. Ein zentrales Anliegen des Projekts war, dass Bürger*innen das Vertrauen in die Demokratie verlieren, wenn politische Akteure nicht in der Lage sind, Probleme zu lösen.

Lösungen: Das Grünbuch bietet eine Reihe von Vorschlägen zur Verbesserung der politischen Teilhabe und zur Stärkung des Vertrauens in demokratische Institutionen:

1. **Transparenz und faktenbasierte Diskussionen:** Um populistische und emotional aufgeladene Debatten zu verhindern, wird eine transparente, faktenbasierte Diskussion gefordert. Offene Daten und nachvollziehbare Konsequenzen sollen es Bürger*innen ermöglichen, sich umfassend zu informieren und aktiv zu beteiligen.
2. **Stärkung des öffentlichen Diskurses:** Fortlaufende Debatten über Demokratie und deren Verbesserung sollen das Bewusstsein schärfen und individuelles Engagement fördern. Niedrigschwellige Formate wie Bürgerdiskussionen und Podiumsgespräche sollen die Teilnahme erleichtern.
3. **Ebenen der Bürgerbeteiligung:** Unterschiedliche Stufen der Bürgerbeteiligung, von "mitreden" über "mitwirken" bis hin zu "mitbestimmen", sollen eine breitere Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungsprozesse ermöglichen.
4. **Initiativen für neue Partizipationsformen:** Es werden konkrete Projekte vorgeschlagen, um neue Partizipationsformen zu erproben, wie etwa Bürger*innenräte oder die Übertragung von Gemeinderatssitzungen per Videostream, um eine breitere Beteiligung zu fördern.

5. **Medienpolitik:** Die Förderung unabhängiger und kritischer Qualitätsmedien wird als notwendig erachtet, um sachliche Berichterstattung über politische Vorgänge zu gewährleisten. Es sollen transparente **Kriterien für die Medienförderung** entwickelt werden.
6. **Verbesserung der Transparenz:** Mehr **Transparenz in der Gesetzgebung und bei Postenbesetzungen** soll das Vertrauen der Bürger*innen stärken und eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung in politische Entscheidungen ermöglichen.

Diese Vorschläge zielen darauf ab, die Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten der Bürger*innen zu verbessern, während destruktives Verhalten durch erhöhte Transparenz und Bürgerbeteiligung weniger attraktiv wird.

Neustart der Demokratie: Schlussfolgerungen aus der Arena Analyse 2017

Problembeschreibung:

In der Arena Analyse 2017 „Demokratie neu starten“ wurden politische Insider nach zukünftigen Entwicklungen im Bereich Demokratie, politischer Mitbestimmung und Repräsentation befragt, die bislang von Medien und Öffentlichkeit wenig Beachtung fanden. Die Analyse identifizierte mehrere zentrale Herausforderungen, die die Effektivität der politischen Entscheidungsfindung erheblich beeinträchtigen:

1. **Vertrauensverlust in etablierte Institutionen:** Ein wachsender Teil der Bevölkerung misstraut Institutionen wie Parlamenten, Regierungen, Parteien und Medien. Dies schwächt deren Legitimität und erschwert die Akzeptanz und Umsetzung politischer Entscheidungen.
2. **Entfremdung der politischen Klasse von den Bürgern:** Die Professionalisierung der Politik hat eine politische Klasse hervorgebracht, die sich zunehmend von der Bevölkerung entfernt. Dies führt zu einem Vertrauensverlust und erschwert die Umsetzung politischer Maßnahmen.
3. **Inszenierung von Politik:** Oft werden demokratische Prozesse als bedeutungslos wahrgenommen, da wichtige Entscheidungen außerhalb dieser Prozesse getroffen werden. Diese Diskrepanz untergräbt die Legitimität der repräsentativen Demokratie.
4. **Einfluss externer Akteure:** Viele Entscheidungen werden auf EU-Ebene getroffen, was nationale Parlamente entmachtet und das Gefühl der Ohnmacht bei Bürgern verstärkt.

5. **Krise des politischen Diskurses:** Der öffentliche Diskurs verschlechtert sich, was sachliche Debatten und die Konsensfindung erschwert und zu einer verstärkten Polarisierung führt.
6. **Top-down-Skepsis:** Eine gegenseitige Skepsis zwischen Bürgern und Politikern unterminiert die demokratischen Prozesse weiter und erschwert die Handlungsfähigkeit der Politik.

Lösungen:

1. **Konsultative und deliberative Demokratie:** Um die Krise der repräsentativen Demokratie zu überwinden, wird vorgeschlagen, die Bürger stärker in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dies könnte durch „Zukunftsräte“ oder Online-Konsultationen geschehen, die eine gründliche Bürgerbeteiligung in allen Gesetzgebungsprozessen sicherstellen.
2. **Erneuerung der Demokratie auf lokaler Ebene:** Eine **Revitalisierung der Demokratie auf kommunaler Ebene** soll das Vertrauen der Bürger stärken. Insbesondere auf Gemeinde- und Bezirksebene wird eine stärkere Bürgerbeteiligung angestrebt.
3. **Erhöhte Transparenz:** Transparenz wird als Schlüssel zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Politik angesehen. **Regierung und Parlamente sollten ihre Entscheidungsprozesse offener gestalten und die Öffentlichkeit stärker einbinden.**
4. **Verantwortungsvolle Nutzung sozialer Medien:** Politische Parteien und Institutionen sollen aktiv gegen Hasspostings und Fake News vorgehen. Gesetzliche und technische Maßnahmen sollen einen zivilisierten Umgang im digitalen Raum sicherstellen.
5. **Stärkung des Informationsaustauschs:** Ein intensiverer Dialog zwischen Bürgern und politischen Akteuren, einschließlich der Einbindung der Zivilgesellschaft, soll den Informationsaustausch verbessern und eine breitere Partizipation ermöglichen. Zudem wird eine verstärkte politische Bildung vorgeschlagen, um Bürger besser auf die Teilnahme am politischen Diskurs vorzubereiten.

Starres und unzeitgemäßes politisches System

Problembeschreibung: Das zentrale Problem besteht darin, dass die parteipolitischen Strukturen nicht mit den realpolitischen Veränderungen Schritt gehalten haben. Im Parlament herrscht weiterhin ein strikter Fraktionszwang, wodurch das „freie Spiel der Kräfte“ weitgehend unterdrückt wird. Regierungen

nutzen ihre Parlamentsfraktionen lediglich als „Stimmvieh“ für bereits ausgearbeitete Vorlagen, ohne Raum für Diskussionen oder Verbesserungen der Anträge zu lassen. Ein konstruktives Zusammenspiel mit Oppositionsparteien findet selten bis gar nicht statt.

Lösungen: Es gibt jedoch Ansätze zur Verbesserung: Der Austausch und das Brückenbauen zwischen Abgeordneten funktionieren im Hintergrund bereits. Es bedarf lediglich einer **Veränderung parlamentarischer Gepflogenheiten** sowie einer **Neuausrichtung der Funktionsweise der Ausschüsse**. **Abgeordnete, die erfolgreich zusammenarbeiten, sollten gezielt hervorgehoben und ihre Erfolge einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden.** Auf diese Weise könnten sie im "Aufmerksamkeitsspiel" mitwirken, das oft darüber entscheidet, ob sinnvolle Verbesserungen in verschiedenen Bereichen vorangetrieben oder ignoriert werden.

Sicherung der Demokratie und Erneuerung des Parlamentarismus: „Leitbild Rebuild Parliament“

Problembeschreibung: Im Jahr 2017 wurde in einer Expertengruppe die Weiterentwicklung des Parlamentarismus diskutiert. Dabei wurden zentrale Herausforderungen identifiziert, die das Vertrauen in die politischen Institutionen und die Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus beeinträchtigen. Zu den Hauptproblemen gehören eine unzureichende Einbindung der Bürger in den politischen Entscheidungsprozess, mangelnde Transparenz und Eigenständigkeit parlamentarischer Entscheidungen sowie ineffiziente Arbeitsstrukturen in den Parlamenten. Diese Faktoren führen zu einer Abnahme der demokratischen Legitimation und einer Schwächung des politischen Diskurses.

Lösungen: Das Konzept „Leitbild Rebuild Parliament“ enthält mehrere Vorschläge zur Sicherung der Demokratie und zur Erneuerung des Parlamentarismus. Die wichtigsten Empfehlungen sind:

1. **Verantwortungsvolle Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben:**
 - Parlamente sollen eigenständig Entscheidungen treffen und die Regierung effektiv kontrollieren.
 - Bürger sollen aktiv in den Meinungsbildungsprozess einbezogen werden.
2. **Förderung eines dialogorientierten Parlamentarismus:**
 - Parlamente müssen effizient organisiert sein und über ausreichende Ressourcen verfügen, um Beteiligungsmöglichkeiten für Abgeordnete und Bürger zu gewährleisten.

- Es sollen unparteiische und wissenschaftlich fundierte Informationsgrundlagen bereitgestellt werden.

3. **Stärkung der konsultativen Demokratie:**

- Bürgerräte sollen als innovative Beteiligungsverfahren eingeführt werden.
- Ein Zukunftsrat, in dem Abgeordnete mit Bürgern zusammenarbeiten, soll etabliert werden, um das Vertrauen in den politischen Prozess zu stärken.

4. **Konzentration auf die Kernaufgaben der Parlamente:**

- Die zentralen Aufgaben wie **Diskussion, Beratung, Entscheidung und Kontrolle sollen im Mittelpunkt stehen.**
- **Bürger und Wissenschaft sollen frühzeitig in den Gesetzgebungsprozess eingebunden** werden.

5. **Förderung einer neuen Konflikt- und Debattenkultur:**

- Debatten sollen offen gestaltet und die Einbindung von Bürgern, Interessengruppen und Wissenschaft gefördert werden.
- Ausschussarbeit und Plenardebatten sollen neu strukturiert werden, um die fachliche Beteiligung der Abgeordneten zu fördern.

6. **Souveräne und sichtbare Abgeordnete:**

- Abgeordnete sollen strategisch und faktenbasiert beraten sowie unabhängig und kompetent agieren.
- Die Entscheidungsprozesse sollen transparent und nachvollziehbar gestaltet werden.

Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen soll das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen gestärkt und eine konstruktive, kollaborative und partizipative Politik ermöglicht werden.

Verbesserung der Transparenz und Bürgerbeteiligung im Gesetzgebungsprozess

Problembeschreibung:

Der Gesetzgebungsprozess in Österreich leidet unter mangelnder Transparenz und einer unzureichenden Beteiligung der Bürger*innen. Diese Defizite schwächen die politische Kultur und verringern das Vertrauen in demokratische

Institutionen. Es besteht die Notwendigkeit, den Prozess zu öffnen und die Bürger*innen stärker einzubinden.

Lösungen:

Um den Gesetzgebungsprozess transparenter und partizipativer zu gestalten, wurden im Grünbuch "Offene Gesetzgebung" u.a. die folgenden konkreten Vorschläge erarbeitet:

1. **Informations- und Konsultationsrecht:** Verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf **Information und Konsultation für Bürger*innen**.
2. **Vorlage und Veröffentlichung von Vorhabensberichten und Jahresprogrammen:** Regelmäßige **Information des National- und Bundesrats durch die Bundesregierung** über geplante Vorhaben.
3. **Politische Jahresplanungen und Arbeitsprogramme:** Der Nationalrat erstellt ein jährliches **Arbeitsprogramm** zur transparenten Planung.
4. **Zukunftsausschüsse:** Einführung von **Zukunftsausschüssen** im National- und Bundesrat mit öffentlichen Verhandlungen und Expertenanhörungen.
5. **Stärkung des Bundesrats:** Weiterentwicklung des Bundesrats zur Förderung des öffentlichen politischen Diskurses und der **Zusammenarbeit zwischen verschiedenen politischen Ebenen**.
6. **Frühzeitige Einbeziehung der Öffentlichkeit:** **Grünbücher der Bundesregierung** sollen frühzeitig veröffentlicht werden, um die Öffentlichkeit in politische Strategien einzubeziehen.
7. **Gesetzesinitiativen durch Bürgerinitiativen:** Einführung qualifizierter Volksbegehren, die **Gesetzesinitiativen durch Bürger*innen** ermöglichen.
8. **Transparente Regierungsstrategien:** Veröffentlichung von Regierungsstrategien (**Weißbücher**) zur Ermöglichung öffentlicher Debatten im National- und Bundesrat.
9. **Debriefings nach EU-Ratssitzungen:** **Regelmäßige Nachbesprechungen für Abgeordnete nach EU-Ratssitzungen**, um die Transparenz zu erhöhen.
10. **Wissenschaftliche Unterstützung für Abgeordnete:** **Bereitstellung wissenschaftlicher Ressourcen zur Unterstützung der Abgeordneten**.
11. **Technische Infrastruktur für Konsultationen:** Bereitstellung von Online-Tools zur Durchführung öffentlicher Konsultationen.
12. **Erweiterte Begutachtungsverfahren:** **Anpassung des Umfangs von Begutachtungen** je nach Anzahl der Betroffenen und der Komplexität der Materie.

Diversität, Meinungsforschung und politische Kooperation in Österreich

Problembeschreibung

Die politische Landschaft in Österreich ist durch eine zunehmende Diversität der Gesellschaft geprägt, die sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiter verstärkt hat. Diese Vielfalt führt zu einer Vielzahl von Bedürfnissen, Ansichten und Überzeugungen, die häufig vom unmittelbaren Umfeld der Menschen beeinflusst werden. Politiker*innen sehen sich daher gezwungen, verschiedene Interessensgruppen anzusprechen, wobei sie häufig auf Meinungsumfragen zurückgreifen, die besonders die eigene Wählerschaft abbilden.

Dieses Vorgehen birgt die Gefahr, dass Inhalte und Fakten in den Hintergrund treten. Angesichts der heutigen Herausforderungen, wie dem Klimawandel, der Sicherheit in vielen Bereichen, der Energie- und Lebensmittelversorgung, der Mobilität und Naturgefahren, sind solche einseitigen Ansätze besonders problematisch. Die politische Kooperation, sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteien, ist entscheidend, um zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln.

Lösungsansätze

Ein kooperatives Verhalten der Politiker*innen über Parteigrenzen hinweg ist notwendig, um die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Allerdings wird konstruktives Verhalten oft nicht belohnt, was möglicherweise an der **internen Struktur der Parteien** liegt. Es wäre sinnvoll, **„Problemlöser*innen“ gezielt zu fördern**, indem ihnen vor Wahlen feste Listenplätze angeboten werden. Dies stellt jedoch eine **Herausforderung für Parteistrategen** und PR-Profis dar und erfordert eine gezielte Kommunikation nach innen und außen.

Enorme Wettbewerbsverzerrung für Medienförderung

Problembeschreibung:

Die derzeitige Politik der Medienförderung in Österreich führt zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen. Ein Beispiel ist die Verteilung der sogenannten „Qualitätsförderung“: 2024 erhalten Boulevardmedien wie die Kronen-Zeitung 2,3 Millionen Euro und "Heute" 715.381 Euro, während konstruktive Qualitätsmedien wie der „Falter“ nur 201.550 Euro bekommen. Diese ungleiche Verteilung verzerrt den Markt erheblich, indem Steuergelder primär an Medien fließen, die oft destruktiv berichten, während unabhängige, kritische Medien finanziell benachteiligt werden.

Zusätzlich erfolgt die Vergabe von Regierungsinseraten durch Bund und Länder in willkürlicher und freihändiger Weise, wobei der Großteil der Mittel an Boulevardmedien wie die Kronen Zeitung, „Heute“ und „Ö24“ geht. Dies hat gravierende Folgen: Statt die Mächtigen zu kontrollieren, hofieren diese Medien die Politik, um weiterhin von den Geldern zu profitieren. Dadurch wird die Unabhängigkeit des Journalismus untergraben und eine Kultur geschaffen, in der Politiker sich an unkritische Berichterstattung gewöhnen und kritische Medien zunehmend marginalisiert werden.

Ein weiteres Problem betrifft den Zugang zu Regierungsreisen. Während der Bundespräsident alle Medien gleichermaßen informiert und ihnen die Möglichkeit bietet, ihn auf Reisen zu begleiten (gegen gleiche Kostenbeteiligung), laden andere Regierungsmitglieder wie der Kanzler oder Minister nur ausgewählte Medien ein. Dies führt dazu, dass bestimmte Medien wie „embedded journalists“ agieren, was ihre Unabhängigkeit infrage stellt.

Schließlich gibt es in Österreich Berufsverbände wie den Presserat und den Presseclub Concordia, die auf saubere und qualitätsorientierte Medienarbeit achten. Dennoch gibt es Medien, die nicht Mitglied dieser Verbände sind und deren Regeln ignorieren.

Lösungsvorschläge:

1. **Beendigung der Wettbewerbsverzerrung durch staatliche Förderungen:** Die ungleiche Verteilung von Fördermitteln, die vor allem Boulevardmedien zugutekommt, muss beendet werden. Eine gerechte Verteilung von Steuergeldern sollte sicherstellen, dass konstruktive und kritische Qualitätsmedien ausreichend unterstützt werden.
2. **Abschaffung von Regierungsinseraten:** Die Praxis der willkürlichen Vergabe von Regierungsinseraten sollte beendet werden. Diese Inserate machen Journalismus käuflich und untergraben die Unabhängigkeit der Medien.
3. **Gleichberechtigter Zugang zu Regierungsreisen:** Der Zugang zu Regierungsreisen sollte nach dem Vorbild des Bundespräsidenten für alle Medien gleich geregelt werden. Dies würde sicherstellen, dass keine Medien bevorzugt werden und alle gleichberechtigt berichten können.
4. **Verknüpfung von Förderungen an Qualitätsstandards:** Öffentliche Gelder sollten nur an Medien vergeben werden, die Mitglied in Berufsverbänden wie dem Presserat sind und deren Qualitätskriterien einhalten. Medien, die gegen Standards dieser Verbände (den State of the Art) verstoßen, sollten von öffentlichen Förderungen ausgeschlossen werden.

Durch diese Maßnahmen könnte die Unabhängigkeit des Journalismus gestärkt und die Wettbewerbsverzerrungen in der österreichischen Medienlandschaft reduziert werden.

Konstruktive Zusammenarbeit in der Politik

Problembeschreibung: Die Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit in der Politik variiert je nach Rolle und Funktion der Beteiligten. Es ist nicht sinnvoll, diese Frage für alle Kategorien von Politikern pauschal zu beantworten.

Lösungen:

1. **Parlamentarier:** Von Parlamentariern kann erwartet werden, dass sie die Position ihrer Partei oder ihre eigenen Standpunkte engagiert vertreten. Dabei sollten sie konstruktiv vorgehen, auch wenn sie dialektische Methoden anwenden, um ihre Argumente zu stärken.
2. **Regierende:** Regierende haben die Pflicht, im Interesse der gesamten Körperschaft zu handeln und parteipolitische Interessen im Hintergrund zu halten. Ihr Handeln sollte stets das Gemeinwohl im Blick haben, anstatt parteipolitische Ziele zu priorisieren.

Wege zur Wiederherstellung eines sachlich-inhaltlichen Diskurses im Parlament

Problembeschreibung:

Der wachsende Demokratiefrust in der Bevölkerung ist eng mit dem negativen Bild des Parlamentarismus und einer schwach ausgeprägten parlamentarischen Kultur verbunden. Der Nationalrat wird von den Wählern hauptsächlich als Schauplatz für parteipolitisches Gezänk und gegenseitige Verunglimpfungen wahrgenommen, wobei inhaltliche Diskussionen selten stattfinden. Statt einer lösungsorientierten Debatte stehen Schlagzeilen und populistische Themen im Vordergrund. Dadurch bleiben viele offensichtliche Probleme ungelöst, da der Parlamentsbetrieb von kurzfristigen wählermaximierenden Zielen dominiert wird.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung ist die fast monopolartige Stellung der Regierung bei der Gesetzgebung. Ohne Regierungsvorlagen geht im Parlament kaum etwas voran. Initiativanträge aus dem Parlament selbst werden in der Regel nur dann eingebracht, wenn die Regierung ein beschleunigtes Verfahren wünscht. Oppositionelle Anträge werden meist ohne ernsthafte Diskussion von den Regierungsfractionen blockiert und vertagt. Dies führt dazu, dass das Parlament für die Bürger hauptsächlich als Kontrollorgan wahrgenommen wird, verbunden mit negativen Eindrücken und

parteipolitischem Streit. Diese Entwicklungen begünstigen autokratische Tendenzen und schwächen die repräsentative Demokratie.

Lösungsvorschläge:

Um das Parlament wieder zu einem Ort sachlicher und inhaltlicher Auseinandersetzungen zu machen, ist eine grundlegende Reform notwendig. Zu Beginn jeder Legislaturperiode sollte der Nationalrat **eine Liste wichtiger, seit langem ungelöster Problembereiche beschließen, die einer parteiübergreifenden Diskussion bedürfen**. Diese Themen könnten Bereiche wie Mietrecht, Pensionsrecht, Bildungs- und Gesundheitspolitik, Sicherheitsstrategien, Verwaltungsreformen und Finanzausgleich betreffen.

In Anlehnung an die **„Grün- und Weißbuch“-Praxis** des Europäischen Parlaments sollten diese **Probleme zunächst definiert und analysiert** werden. Denkbare Lösungsansätze sollten gesammelt und diskutiert werden, wobei der Wissenschaftliche Dienst des Parlaments eine zentrale Rolle spielen könnte. In einem **öffentlichen Diskursprozess**, der Fraktionen, Wissenschaft, politische Akademien, parlamentarische Enqueten und Bürgerforen einbezieht, könnten dann fundierte **Lösungswege erarbeitet und in einem „Weißbuch“ festgehalten** werden.

Ein öffentlicher **Unterausschuss des Hauptausschusses oder eine Enquete-Kommission könnte als prozessleitendes Organ** fungieren und regelmäßig dem Nationalratsplenum berichten. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollten dann in das reguläre parlamentarische Verfahren einfließen, entweder als Regierungsvorlage oder als Initiativantrag. Wichtig ist ein klarer **Zeitplan**, um sicherzustellen, dass innerhalb eines festgelegten Rahmens ein Ergebnis erzielt wird oder auch nicht. Ziel ist es, durch einen **tiefgehenden, sachlichen und transparenten Diskurs klare Positionen und politische Verantwortlichkeiten zu schaffen**, die dem Parlament wieder zu einer fundierten, inhaltlichen Debatte verhelfen.

Regierung und Rechtsstaat – Herausforderungen und Lösungsansätze

Problembeschreibung:

Die zunehmende Förderung populistischer Themen unter dem Deckmantel "strategisch nötigen Unsinn" beeinträchtigt das sorgfältige Abwägen politischer Entscheidungen. Dies untergräbt nicht nur die Qualität der politischen Debatte, sondern gefährdet auch die Gewaltenteilung, da eine wirksame Kontrolle der Regierungsmaßnahmen durch die Volksvertreter erschwert wird.

Lösungen:

Eine mögliche Lösung liegt in der **Stärkung des Selbstbewusstseins der Abgeordneten**. Allerdings ist fraglich, ob das aktuelle **Wahlsystem** die Entstehung solcher unabhängiger und selbstbewusster Volksvertreter begünstigt.

Stärkung der Unabhängigkeit von Medien und Justiz

Problembeschreibung: Die Unabhängigkeit der Medien und Justiz in Österreich steht unter Druck durch politischen Einfluss und strukturelle Schwächen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Verfassungsgerichtshof sind Beispiele für Institutionen, deren Unabhängigkeit durch den aktuellen Bestellmodus gefährdet ist. Dies führt zu einem erhöhten Einfluss der Regierung und einer potenziellen Verzerrung in der Berichterstattung und Rechtsprechung. Hinzu kommt die problematische Rolle der Regierungsinserate und die unzureichende Ausstattung von Staatsanwaltschaften, die die Korruptionsbekämpfung behindern.

Lösungen:

1. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk:

- Einführung eines neuen Bestellmodus für die Gremien zur **Stärkung der Unabhängigkeit**, indem der Regierungseinfluss reduziert wird. Eine Mehrheit in den Gremien sollte aus in- und ausländischen Experten bestehen. Eine mögliche Orientierung bietet das deutsche Modell.

2. Verfassungsgerichtshof:

- **Reduzierung des Regierungseinflusses auf die Ernennung der Richter**. Dies könnte durch die Einbindung eines Rats der Gerichtsbarkeit oder eines Justizrats geschehen. Alternativ könnten alle Parlamentsparteien nach ihrer Stärke in die Ernennung eingebunden werden, um breitere Vorschläge sicherzustellen. Zudem sollten die **Qualifikationserfordernisse** für die Richter erhöht werden.

3. Verkleinerung der Minister*innenkabinette:

- Eine Verkleinerung der Kabinette, ähnlich dem Modell der EU-Kommission, auf sechs Personen könnte die Effizienz und Unabhängigkeit der Ministerien steigern.

4. Medienförderung und Abschaffung von Regierungsinseraten:

- Die **Abschaffung von Regierungsinseraten** zugunsten einer erhöhten **Medienförderung**, die sich an sachlichen Kriterien wie Auslandsberichterstattung, EU-, und Kulturberichterstattung sowie

Investigativjournalismus orientiert, könnte die Qualität und Unabhängigkeit der Medien stärken.

5. **Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz:**

- Abschaffung des Weisungsrechts und der Berichtspflichten zur **Stärkung der Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften**. Eine Orientierung am EU- oder italienischen Modell könnte hierbei als Vorbild dienen. Die Kontrolle der Staatsanwaltschaften sollte weitgehend durch die Gerichte erfolgen.

Kommentar zur Diskussionskultur und Korruptionsbekämpfung: Ein zentraler Punkt in der Diskussion ist die notwendige **Verbesserung der Korruptionsbekämpfung**. Dies erfordert nicht nur gut ausgestattete Staatsanwaltschaften, sondern auch eine sachliche Diskussion, die auf Vertrauen und Transparenz basiert. In Österreich herrscht ein hohes Maß an Misstrauen, das durch eine sachliche Klärung der Probleme und Ursachen vor einer Diskussion über Verbesserungsmöglichkeiten abgebaut werden muss. Die Korruptionsbekämpfung ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein wichtiger Standortfaktor für Österreich. Es ist entscheidend, dass die Diskussion um diese Themen sorgfältig geführt wird, um weitere Schäden zu vermeiden. Ergänzungen zu diesem Diskurs sind willkommen, um die Situation umfassend zu beleuchten und effektive Lösungen zu entwickeln.

Selbstentmachtung: Kompetenzen breiter verteilen und politische Einflussnahme erschweren

Problembeschreibung: Die Konzentration von Kompetenzen auf einzelne Personen oder kleine Gruppen birgt das Risiko, Macht zu stark zu zentralisieren. Dies kann zu einer erhöhten Anfälligkeit für politische Einflussnahme führen, insbesondere bei der Besetzung von Schlüsselpositionen durch regierungsnahe Akteure.

Lösungen:

- **Kompetenzen entzerren:** Statt Kompetenzen auf wenige Personen zu konzentrieren, sollten diese auf eine breitere Basis verteilt werden. Dies verringert das Risiko der Machtkonzentration und fördert die Transparenz und Unabhängigkeit in Entscheidungsprozessen.
- **Politische Besetzungen erschweren:** Um die politische Einflussnahme zu reduzieren, sollten Schlüsselpositionen, wie etwa die **Universitätsräte an österreichischen Hochschulen**, nicht mehr durch Vorschläge der Regierungsparteien besetzt werden. Eine neutralere Auswahl dieser

Positionen könnte durch unabhängige Gremien oder durch eine breitere gesellschaftliche Beteiligung erfolgen.

Die Qualität politischer Praxis: Herausforderung für die Demokratie

Problembeschreibung:

Die Demokratie ist mehr als nur eine Staatsform; sie ist eine „Lebensform“, die aktiv gelebt und „funktioniert“ werden muss. Obwohl die ÖsterreicherInnen grundsätzlich einen hohen Wert in der Demokratie sehen, zeigt sich eine deutliche Unzufriedenheit, wenn es um die tatsächliche Umsetzung und das Funktionieren der Demokratie in Österreich geht. Besonders kritisch wird die praktische Ausführung der österreichischen Politik bewertet.

Lösungsvorschläge:

Eine langfristig mangelhafte **Qualität der politischen Praxis** – einschließlich der Themenwahl, Umsetzung, Kommunikation, Transparenz und Bürgerbeteiligung – könnte die Akzeptanz und Wertschätzung der Demokratie untergraben. Daher ist es essenziell, diese Aspekte zu verbessern, um die Stabilität und das Vertrauen in die demokratische Ordnung zu erhalten.

Stärkung der Staatsanwaltschaften und Reformen für Kabinette und Verwaltung

Problembeschreibung: Es besteht Handlungsbedarf in der Bekämpfung von Korruption und Amtsmissbrauch sowie in der Struktur und Organisation von Ministerkabinetten und deren Übergang in die Verwaltung. Der derzeitige Mangel an Ressourcen bei den Staatsanwaltschaften erschwert eine wirksame Strafverfolgung. Zudem fehlen klare Qualifikationsanforderungen und Verfahren für den Übergang von Kabinettsmitgliedern in Verwaltungspositionen, was die Gefahr einer unangemessenen Einflussnahme auf die Verwaltung erhöht.

Lösungsvorschläge:

1. **Ressourcenaufstockung bei Staatsanwaltschaften:** Zur effektiveren Verfolgung von Korruptions- und Amtsmissbrauchsdelikten sollten die personellen, technischen und sachlichen Ressourcen der Staatsanwaltschaften deutlich erhöht werden.

2. **Reform der Kabinettsstrukturen:** Die Größe der Kabinette sollte nach dem Vorbild der EU-Kommission reduziert werden. Zudem müssen klare **Qualifikationserfordernisse für Kabinettsmitglieder** eingeführt werden, um sicherzustellen, dass nur fachlich geeignete Personen diese Positionen einnehmen.
3. **Regelungen für den Übergang in die Verwaltung:** Ein Wechsel von Kabinettsmitgliedern in die Verwaltung sollte nur dann möglich sein, wenn die formalen Voraussetzungen, wie beispielsweise bestandene **Dienstprüfungen**, erfüllt sind. Mittelfristig könnte ein Concours-System nach dem Vorbild der EU oder Frankreichs eingeführt werden, sodass Verwaltungsfunktionen nur mit spezifischer Qualifikation besetzt werden. Dies würde verhindern, dass ein allzu willfähriger Pool von Sektionschefs und Abteilungsleitern entsteht.

Stärkung der Kompetenz und Eigenverantwortung in der öffentlichen Verwaltung

Problembeschreibung: Die Verantwortung von Beamten gegenüber der Bevölkerung und der Republik, die über einzelne Legislaturperioden hinausgeht, wird in der öffentlichen Verwaltung derzeit nicht ausreichend gefördert. Dies betrifft alle Verwaltungsebenen in Bund, Ländern und Gemeinden.

Lösungen:

1. In der **Personalentwicklung muss verstärkt auf die Förderung von Resilienz und Eigenverantwortung** in allen Bereichen der Verwaltung Wert gelegt werden.
2. Die Rahmenbedingungen für den **Einsatz externer Expert*innen** in Kabinetten und Beraterstäben müssen neu definiert werden, um eine effektive Zusammenarbeit zu gewährleisten.

Förderung des unabhängigen Journalismus in der Demokratie

Problembeschreibung:

In einer modernen Demokratie ist unabhängiger Journalismus von zentraler Bedeutung für die Kontrollfunktion gegenüber Staat und Gesellschaft. Insbesondere Printmedien stehen jedoch unter starkem wirtschaftlichen Druck. Inseratengelder fließen zunehmend zu großen amerikanischen Online-

Plattformen, was zu einer Reduzierung der Redaktionskapazitäten führt. Hinzu kommen Herausforderungen in den Vertriebswegen, sowohl bei Printausgaben als auch in verschiedenen Online-Formaten. Online-Bezahlsysteme sind oft kompliziert und uneinheitlich. Darüber hinaus untergraben Troll-Fabriken und gekaufter Journalismus das Vertrauen der Konsument.

Lösungen:

Um den Fortbestand kritischen Journalismus zu sichern, wird es notwendig sein, öffentliches Geld unter klaren gesetzlichen Rahmenbedingungen bereitzustellen. Dabei sollten wir über geeignete Finanzierungsquellen, Modelle zum Schutz vor Einflussnahme und die konkrete Ausgestaltung eines solchen Systems umfassend diskutieren.

Kommunikationsdefizit zwischen Politik und Bürgern

Problembeschreibung:

Politische Akteure zeigen zunehmend eine geringe Bereitschaft, miteinander zu kommunizieren und die Meinungen anderer ernsthaft zu berücksichtigen. Stattdessen werden häufig vorformulierte, inhaltsleere Aussagen präsentiert, oft vermittelt durch Beraterinnen und Berater. Dies führt dazu, dass sich die Bürgerschaft nicht ernst genommen fühlt. Infolgedessen wenden sich viele Bürgerinnen und Bürger politischen Vertretern zu, die zwar klare, aber oft unrealistische oder demokratiegefährdende Positionen vertreten.

Lösungen:

- **Förderung des Dialogs:** Es ist notwendig, die politische Kommunikation zu verbessern, indem offene und ehrliche Dialoge gefördert werden, die die Meinungen und Bedenken der Bürger ernst nehmen.
- **Verzicht auf leere Phrasen:** Politische Akteure sollten den Einsatz vorgefertigter Worthülsen vermeiden und stattdessen authentische und nachvollziehbare Aussagen treffen.
- **Stärkung der demokratischen Kultur:** Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken, sollten politische Entscheidungen transparent und nachvollziehbar kommuniziert werden, damit die Bürger sich gehört und verstanden fühlen.

Ehrliche Politik: Die Bedeutung von Transparenz und sachlicher Argumentation

Problembeschreibung:

Politische Entscheidungen werden häufig durch Umfragen und Analysen beeinflusst, was dazu führt, dass Politiker an Themen festhalten, die dringend einer Veränderung bedürfen. Viele Bürger*innen fühlen sich in solchen Fällen nicht ernst genommen und als ob man ihnen die Wahrheit verschweigt.

Beispiele:

1. **Pensionen:** Trotz der offensichtlichen Veränderungen in der Lebenserwartung scheuen sich nahezu alle politischen Parteien davor, das Pensionssystem realistisch zu reformieren. Stattdessen wird der Eindruck erweckt, dass das bestehende System langfristig tragfähig sei. Den Menschen ist jedoch klar, dass dies nicht der Fall ist.
2. **CO₂ und Energie:** Anstatt eine sachliche und langfristig ausgerichtete Politik zu betreiben, wird entweder suggeriert, dass die Energiewende schnell und unkompliziert umsetzbar ist, oder der Klimawandel wird marginalisiert. Die Bevölkerung erkennt die klimatischen Veränderungen und ist sich auch der Schwierigkeiten bewusst, eine sofortige und kostengünstige Umstellung zu erreichen. Kurzfristig wirksame Maßnahmen werden vermieden, da sie politisch unangenehm sein könnten.
3. **Migration:** Statt anzuerkennen, dass Migration notwendig ist, um den Arbeitsmarkt und das Sozialsystem zu stützen, wird ein Problem heraufbeschworen, das in dieser Form nicht existiert – wie etwa hohe Kosten oder erhöhte Kriminalität durch Migrant*innen. Keine der etablierten Parteien entwickelt konkrete Konzepte für eine funktionierende Integration oder bemüht sich um eine gemeinsame Position.
4. **Bildung:** Ein wachsendes Problem besteht darin, dass etwa 30% der Schüler*innen nach der 9. Schulstufe nicht ausreichend lesen, schreiben und rechnen können. Dennoch werden Maßnahmen abgelehnt, die Lehrkräfte unterstützen, eine angemessene Notengebung ermöglichen und eine konsequente Qualitätskontrolle an Schulen etablieren.

Lösungsansätze:

Die Politik muss den Bürger*innen mit **Fakten und sachlichen Argumenten** begegnen, anstatt unbequeme Wahrheiten zu verschweigen. Nur so können die Menschen das Gefühl entwickeln, dass die Politik Probleme ernst nimmt und ernsthaft bestrebt ist, Lösungen zu finden. **Ehrlichkeit und Transparenz** sind der Schlüssel, um das Vertrauen in politische Entscheidungen wiederherzustellen.

Wie können wir den Parlamentarismus schützen und stärken?

Problembeschreibung

Die Schwächung des Parlaments stellt eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Nationalratswahl im Herbst 2024. Die bestehenden Regelungen, insbesondere die Geschäftsordnung, bieten keinen ausreichenden Schutz gegen diese Bedrohung.

Lösungsvorschläge

Zum Schutz und zur Stärkung des Parlamentarismus ist es entscheidend, dass eine breite parlamentarische Mehrheit gemeinsam agiert. Dies stärkt nicht nur das Parlament selbst, sondern auch die Gewaltenteilung und die parlamentarische Kontrolle. Eine offene und umfassende **Diskussion über die Rolle der Präsidenten/Präsidentinnen, der Präsidialkonferenz sowie das Selbstverständnis der Abgeordneten** ist notwendig. Politisch sollte ein **Maßnahmenpaket zur Stärkung des Parlamentarismus** entwickelt und umgesetzt werden.

Problembeschreibung

Das Zitat von Friedrich Ebert "Demokratie braucht Demokraten" ist wörtlich zu nehmen. Ohne überzeugte Demokratinnen und Demokraten in allen zentralen Funktionen des Staates gerät die Demokratie in Gefahr und könnte schnell verschwinden.

Entscheidende Positionen wie die des Bundespräsidenten, des Nationalratspräsidenten, der Verfassungsrichter sowie der Minister für Inneres, Justiz, Finanzen, Verteidigung und des Kanzlers dürfen nicht mit Extremisten besetzt werden.

Lösungsvorschläge

Sowohl **Wählerinnen und Wähler als auch politische Parteien müssen sicherstellen, dass zentrale Positionen nur von überzeugten Demokratinnen und Demokraten besetzt werden**. Nur so lässt sich ein Dominoeffekt verhindern, der den Verlust der Demokratie nach sich ziehen könnte. Einmal verloren, ist sie kaum wiederherzustellen.

Stärkung der parlamentarischen Expertise und Transparenz

Problembeschreibung: Das Parlament steht vor der Herausforderung, eine Vielzahl komplexer Themen zu bearbeiten, die von den Abgeordneten allein nur schwer zu bewältigen sind. Derzeit fehlt es an unabhängiger Unterstützung bei grundlegenden Entscheidungen und speziellen Fragestellungen, abgesehen von der Budgetberatung durch den Budgetdienst. Zudem mangelt es den Medien

und der Öffentlichkeit oft an unabhängigen Informationen über bedeutende politische Prozesse und Themen, die die öffentliche Debatte beeinflussen.

Lösungsansatz: Ein mögliches Modell, das sich an internationalen Beispielen orientiert, wäre die Einrichtung eines spezialisierten Bereichs innerhalb der Parlamentsdirektion. Dieser Bereich könnte externe Expertise, wie Studien und Policy Papers, einbeziehen. Wichtig dabei ist, dass die erstellten Analysen öffentlich zugänglich gemacht werden, um Transparenz und fundierte politische Diskussionen zu fördern.

Stärkung der Fachkompetenz von Parlamentariern

Problembeschreibung: Die zunehmende Komplexität politischer Themenfelder führt dazu, dass sich Parlamentarier

oft auf den Rat von externen Beratern verlassen müssen. Diese "Einflüsterer" verfolgen jedoch nicht selten eigene Interessen, was die Unabhängigkeit und Objektivität der Entscheidungen der Abgeordneten beeinträchtigen kann.

Lösungsvorschlag: Eine mögliche Lösung könnte darin bestehen, den Bereichssprecher*innen und Ausschussmitgliedern systematisch und nach dem Zufallsprinzip Expert*innen aus den jeweiligen Fachbereichen zuzuordnen. Dies könnte sicherstellen, dass die Abgeordneten auf fundierte und unabhängige Beratung zurückgreifen können, was international bereits erfolgreich praktiziert wird.

Bürgerbeteiligung und Bürgerräte: Chancen und Herausforderungen

Problembeschreibung

Im aktuellen Wahlkampf entwickelt sich das Thema "Bürgerräte" erneut zu einem kontroversen Diskussionspunkt. Auffällig ist, dass gerade jene politischen Kräfte, die früher Volksbegehren und Volksabstimmungen als Instrumente der direkten Demokratie befürworteten, nun Bedenken gegenüber Bürgerräten äußern. Diese Bedenken stehen im Widerspruch zu früheren Forderungen nach direkter Bürgerbeteiligung, die sogar die Umgehung des Parlaments vorsahen.

Es ist wichtig zu betonen, dass die gewählten Verfassungsorgane und die in der Verfassung festgelegten Verfahren nicht durch populistische Bestrebungen untergraben werden dürfen.

Lösungsvorschläge

Dennoch sollte die **Einrichtung von Bürgerbeteiligungen** außerhalb der Wahlen intensiv gefördert werden. Solange die endgültige **Entscheidungsgewalt bei den Verfassungsorganen** wie dem Parlament liegt, verliert das oft genannte Argument der mangelnden Repräsentativität von Bürgerräten an Gewicht. Dies könnte den **Dialog zwischen Politik und Bürgern** fördern und zu einer Verringerung von Spannungen und Gegnerschaft beitragen.

Die Macht der Sprache in der Politik

Problembeschreibung: Das Zitat aus dem Musical „My Fair Lady“, in dem es heißt: „Die Sprache macht den Menschen, die Herkunft macht es nicht“, trägt eine tiefgreifende Bedeutung, die auch in der heutigen politischen Landschaft relevant ist. Alfons Haider hob anlässlich der Premiere in Mörbisch hervor, dass diese Weisheit einen aktuellen Bezug hat. Ein wachsendes Problem ist die aggressive, beleidigende und hetzerische Sprache, die von einigen Politikern verwendet wird. Diese Ausdrucksweise verhindert einen sachlichen Dialog und erschwert eine konstruktive Zusammenarbeit sowie das Finden gemeinsamer Lösungen.

Die im Dezember 2023 von der Parlamentsdirektion veröffentlichte Broschüre „Grund- und Freiheitsrechte in Österreich“ widmet sich in einem Kapitel der Sprache von Politiker*innen, bleibt jedoch aus meiner Sicht zu oberflächlich und geht nicht ausreichend auf diese Problematik ein. Ein Beispiel für den destruktiven Sprachgebrauch ist der US-Wahlkampf, in dem Begriffe wie „dumm“ oder „verrückt“ von Donald Trump verwendet wurden. Eine solche Rhetorik birgt die Gefahr, dass sich immer mehr Menschen dieser Sprache anschließen, was letztlich zu einer Zunahme von Gewalt führen kann.

Lösungen: Zukunftsfähige Lösungen können nur gefunden werden, wenn die Politik eine **angemessene und respektvolle Sprache für einen sachlichen Diskurs** wählt. Dies erfordert ein Umdenken und eine klare Distanzierung von hetzerischer und abwertender Rhetorik.

Frühzeitige Einbindung europäischer Themen in den österreichischen Diskurs

Problembeschreibung:

Der politische und mediale Diskurs über EU-Initiativen und damit verbundene Zukunftsthemen erreicht Österreich oft zu spät. Dies führt dazu, dass sich Abgeordnete, politische Parteien, Interessengruppen sowie die Öffentlichkeit erst in einem fortgeschrittenen Stadium der europäischen Gesetzgebung mit den

Themen auseinandersetzen. Dadurch wird die Chance vertan, rechtzeitig nationale Interessen zu formulieren und effektiv in den europäischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Lösungen:

Um dem entgegenzuwirken, wird vorgeschlagen, den **EU-Hauptausschuss des Nationalrats zu stärken und weiterzuentwickeln**. Konkret sollen alle Initiativen der EU-Kommission spätestens dann im Nationalrat behandelt werden, wenn das Europäische Parlament damit befasst ist. Dadurch würde der Meinungsbildungsprozess in Österreich parallel zu den Diskussionen auf europäischer Ebene beginnen.

Dies hätte folgende Vorteile:

- Abgeordnete, Fraktionen und politische Interessengruppen könnten sich frühzeitig mit EU-Themen auseinandersetzen.
- Medien und die Öffentlichkeit würden sich vermehrt mit europäischen Zukunftsthemen beschäftigen.
- Österreich könnte besser seine eigenen Interessen definieren und sich aktiver in den europäischen Entscheidungsprozess einbringen.

Umsetzungsschritte:

Damit diese Einbindung gelingt, sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- **EU-Initiativen müssen zu Tagesordnungspunkten des Nationalrats** werden.
- Der EU-Hauptausschuss muss **mehr Zeit aufwenden** und sich von einem Schattendasein hin **zu einem zentralen Gremium entwickeln**.
- **Eine Präsidiale des EU-Hauptausschusses** sollte eingerichtet werden, um eine strukturierte und effiziente Arbeitsweise zu gewährleisten.
- Teile oder alle Sitzungen sollten **öffentlich und online** übertragen werden, um eine breite Teilnahme von Stakeholdern, Medien und der Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Damit diese Veränderungen nachhaltig wirksam sind, sollten sie **in der Geschäftsordnung des Nationalrats** festgeschrieben werden.

Die Notwendigkeit klarer demokratischer Grenzen"

Problembeschreibung:

Die Demokratie wird oft missverstanden als ein System, in dem "alles geht" und jeder jederzeit alles sagen darf. Dieses Missverständnis hat dazu geführt, dass

grundlegende Werte wie Ehrlichkeit, Respekt und Toleranz zunehmend missachtet werden. Besonders alarmierend ist die Verrohung des politischen Diskurses, bei dem rüpelhaftes Verhalten nicht nur geduldet, sondern manchmal sogar gefeiert wird. Dies verwischt die "Linie im Sand" – die notwendigen, aber oft unscharfen, demokratischen Werte und Konventionen. Politiker*innen, die diese Grenzen ignorieren oder überschreiten, tragen dazu bei, dass diese Werte zunehmend in den Hintergrund treten.

Lösungen:

1. **Einführung eines Ehrenkodexes:** Es sollte ein verbindlicher **Ehrenkodex für Politiker*innen** eingeführt werden, der demokratiekompatible Werte und Konventionen klar definiert. Eine unabhängige Ethikkommission könnte die Einhaltung dieses Kodex überwachen und Verstöße öffentlich machen, verbunden mit entsprechenden Sanktionen.
2. **Kritischer Umgang mit Medien:** Schulen und Medien sollten verpflichtet werden, demokratische Werte und Konventionen aktiv zu vermitteln. Ein unkritischer Umgang mit sogenannten "sozialen Medien" führt zu einer weiteren Verwischung der demokratischen Grundwerte und muss deshalb geändert werden.
3. **Öffentliche Kommunikation und Verantwortung:** Die Verwischung demokratischer Grenzen ist oft das Ergebnis bewusster Handlungen, wie etwa der unkritischen Nutzung von Plattformen, die demokratiefeindliche Tendenzen fördern. Daher müssen Politiker*innen und Medienverantwortliche für die Folgen ihrer Kommunikation zur Rechenschaft gezogen werden.
4. **Förderung eines konfliktfähigen Diskurses:** Demokratie erfordert den offenen Streit der Ideen. Eine übermäßige Fokussierung auf die "politische Mitte" kann dazu führen, dass originäre Interessen unsichtbar werden. Eine lebendige Demokratie muss den Konflikt unterschiedlicher Interessen zulassen, ohne dabei die Grundwerte zu gefährden.

Zusammenfassung:

Die Demokratie muss wehrhaft sein und ihre Grundwerte aktiv schützen. Dies erfordert **klare Regeln**, deren Einhaltung überwacht wird, sowie eine **kritische Auseinandersetzung mit den Medien**. Gleichzeitig darf die Demokratie nicht auf einen Konsenszwang reduziert werden; der **Streit der Ideen ist essenziell**. Was nicht akzeptiert werden darf, ist die Verwischung demokratischer Grundwerte durch **verantwortungsloses Verhalten von Politiker*innen und Medien**.

Demokratie und die Bedeutung der Responsivität

Problembeschreibung:

Wenn politische Parteien die klar artikulierten Anliegen der Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich ignorieren, verliert das gesamte demokratische System an Akzeptanz.

Lösungsvorschlag:

Eine funktionierende Demokratie muss die Anliegen der Bevölkerung ernst nehmen und **konkrete Ergebnisse liefern**. Andernfalls riskiert sie, das Vertrauen und die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger zu verlieren.

Vertrauen als Fundament konstruktiver Zusammenarbeit**Problembeschreibung:**

Eine konstruktive Zusammenarbeit, auch in der Politik, erfordert Vertrauen zwischen den beteiligten Personen. Obwohl politische Parteien naturgemäß im Wettbewerb zueinander stehen – was ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie ist – ist es notwendig, ein grundlegendes Vertrauen zu bewahren, um sachliche Diskussionen zu ermöglichen. Derzeit wird jedoch häufig die Tendenz beobachtet, Vorschläge pauschal abzulehnen, lediglich weil sie von der politischen Gegenseite stammen.

Lösungen:

Politiker*innen sollten das Wohl der Bürger*innen als oberste Leitlinie betrachten, da diese zu Recht Lösungen erwarten. Es ist entscheidend, den **Fokus auf gemeinsame Ziele zu legen und Vorschläge nicht voreilig zurückzuweisen**, sondern sachlich zu prüfen, unabhängig von ihrer politischen Herkunft.

1Kommunikation

Nachfragen statt Proklamieren: Für eine konstruktive politische Kultur**Problembeschreibung:**

Die aktuellen Herausforderungen in der politischen Kommunikation sind vielfältig. Ein zentrales Hindernis für konstruktive Diskussionen ist die Dominanz von Parteipolitik und Message Control. Das Streben nach kurzfristigem Erfolg in Meinungsumfragen und die Schärfung des eigenen Profils führen dazu, dass inhaltliche und politisch wesentliche Themen in den Hintergrund treten. Diese Dynamik behindert die Zusammenarbeit und fördert Destruktivität, da negative

Kommentare und der Fokus auf Differenzen zur eigenen Profilierung genutzt werden.

Auch die Medien spielen eine problematische Rolle, indem sie den Druck auf Quoten und Profilierung erhöhen. Negativberichterstattung und das aggressive Nachfragen in Interviews, das oft dazu dient, als Journalist*in zu punkten, stehen im Vordergrund. Diese Entwicklung wird durch Social Media und die Bildungsinstitutionen verstärkt, die oft überfordert sind, konstruktive und tiefgehende Auseinandersetzungen zu fördern.

Lösungen:

Um diese destruktiven Tendenzen zu überwinden, ist ein Paradigmenwechsel hin zu einer konstruktiven Auseinandersetzung im Sinne des Gemeinwohls erforderlich.

1. **Kritik an Profilierungsinteressen:** Es ist wichtig, dass **destruktive Kommunikationsstrategien von Politiker*innen, Berater*innen und den Medien konsequent benannt** werden. Dies sollte immer dann geschehen, wenn destruktives Verhalten beobachtet wird.
2. **Medienwandel fordern:** Von den Medien sollte eine Änderung ihrer Praxis gefordert werden, beginnend bereits in der journalistischen Ausbildung. Ein experimenteller Ansatz könnte darin bestehen, die Parteizugehörigkeit und Credits von Gesprächspartner*innen in Berichten und Interviews nicht mehr prominent zu nennen, um den Fokus auf inhaltliche und ethische Relevanz zu lenken.
3. **Beratungsinstitutionen in die Pflicht nehmen:** Beratungsinstitutionen, auf die sich Politiker*innen und Journalist*innen verlassen, müssen ebenfalls auf den Prüfstand gestellt werden. Sie sollten stärker auf die **Förderung von verbindendem Nachfragen und vertiefter Gesprächsführung** achten.
4. **Social Media und Bildung:** Schließlich ist es entscheidend, **Social Media und die Bildungsinstitutionen als Orte der verantwortungsvollen und empathischen Kommunikation** zu stärken. Eine gemeinsame Anstrengung ist nötig, um demokratische Werte, komplexes Denken und konstruktive Auseinandersetzungen auf allen Ebenen zu fördern.

Nur durch diese Maßnahmen kann eine politische Kultur entstehen, die auf Kooperation und Gemeinwohl ausgerichtet ist.

Förderung von Dialog und Diskurs abseits der Parteipolitik

Problembeschreibung:

Die großen Parteien in Österreich nutzen ihre eigenen politischen Akademien für Bildung und Profilbildung. Allerdings fehlt ein überparteilicher Raum, der den parteiübergreifenden Dialog und Diskurs fördert. Dies könnte zu einer einseitigen Betrachtung relevanter Themen führen und den Austausch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren einschränken.

Lösungen:

Eine mögliche Lösung wäre die **Einrichtung einer „Akademie für Demokratie“**. Diese sollte von einem paritätisch besetzten Trägerkreis geführt werden, der Vertreter aus dem österreichischen Parlament, der Zivilgesellschaft (z.B. Bündnis für Gemeinnützigkeit) und der Wissenschaft (z.B. Österreichische Akademie der Wissenschaften) umfasst.

Um die Teilnahme an dieser Akademie sicherzustellen, könnten die im Nationalrat vertretenen Parteien verpflichtet werden, eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten oder einen Prozentsatz ihrer Mitglieder für Jahresprogramme, Workshops, Studienprogramme und Symposien zu entsenden.

Die **„Akademie für Demokratie“** hätte das Ziel, Räume für den **parteiübergreifenden Dialog und Diskurs zu schaffen**. Darüber hinaus könnte sie als **Partner für Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Interessensvertretungen** (z.B. AK, IV, WKÖ) fungieren und wichtige **Impulse für einen zukunftsorientierten Diskurs** liefern.

Verbesserung der demokratischen Prozesse

Problembeschreibung

1. **Mangelnde Einbindung unterschiedlicher Interessensvertretungen:**
Aktuell werden in Gesetzgebungsprozesse nicht alle relevanten Interessengruppen rechtzeitig und strukturiert eingebunden. Dies mindert die Qualität der Gesetze und erhöht die Angreifbarkeit von Entscheidungen. Ein Beispiel hierfür ist die unausgewogene Vertretung der Sicherheitsbranche, bei der ausschließlich die Arbeitgeberseite berücksichtigt wurde.
2. **Unzureichende Vorlaufzeiten und Begutachtungsfristen:**
Gesetzgebungsprozesse leiden unter zu kurzen Vorlaufzeiten und Begutachtungsfristen. Die eingebrachte Kritik wird oft nicht adäquat berücksichtigt, und Rückmeldungen an die beteiligten Organisationen oder Personen fehlen. Dies beeinträchtigt die inhaltliche Qualität der Gesetze und mindert den Konsens und Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen.

3. **Fehlende Haftbarkeit für Falschaussagen von Politiker*innen:** Es gibt keine ausreichenden Konsequenzen für Politiker*innen, die Falschaussagen oder Hetze verbreiten. Ein strengerer ethischer Maßstab für Berufspolitiker*innen ist erforderlich, da dies das Vertrauen in demokratische Prozesse schwächt.
4. **Unzureichende Problemanalyse und -kommunikation:** Demokratische Kräfte versäumen es häufig, Probleme klar anzusprechen. Das Schönreden von Missständen verringert die Relevanz der Wahrnehmung in der Bevölkerung und schwächt die Glaubwürdigkeit demokratischer Akteure. Gleichzeitig profitieren destruktive Parteien von diesem Mangel an offener Kommunikation.
5. **Defizitäre Ansprache von Wechsel- und Nichtwähler*innen:** Demokratische Kräfte vernachlässigen oft die kontinuierliche und gezielte Ansprache von Wechsel- und Nichtwähler*innen, was das politische Engagement und die Wählerbindung schwächt.

Lösungsansätze

1. **Strukturierte Einbindung aller relevanten Interessensgruppen:** Alle relevanten Interessensvertretungen sollten frühzeitig und strukturiert in Gesetzgebungsprozesse eingebunden werden. Dies verbessert die Qualität der Gesetze und reduziert die Angreifbarkeit von Entscheidungen.
2. **Längere Vorlaufzeiten und Begutachtungsfristen:** Gesetzgebungsprozesse sollten mit längeren Vorlaufzeiten und Begutachtungsfristen geplant werden. Eingebraachte Kritik muss berücksichtigt und eine Rückmeldung an die Stellungnehmenden gegeben werden. Dies stärkt den Konsens und fördert den Ausgleich zwischen verschiedenen Interessen.
3. **Erhöhung der Haftbarkeit für Falschaussagen:** Für Politiker*innen sollten strengere ethische Maßstäbe gelten, und das Strafgesetzbuch muss entsprechend angepasst werden, um stärkere Konsequenzen für die Verbreitung von Falschaussagen oder Hetze zu schaffen.
4. **Förderung offener und klarer Kommunikation:** Demokratische Kräfte sollten Probleme klar und offen ansprechen, um die Glaubwürdigkeit zu stärken und destruktiven Parteien den Boden zu entziehen. Dies beinhaltet auch mehr Zuhören und gepflegte Debatten, sowohl online als auch offline.
5. **Gezielte Ansprache von Wechsel- und Nichtwähler*innen:** Demokratische Kräfte müssen eine offensive und kontinuierliche Arbeit leisten, um Wechsel- und Nichtwähler*innen gezielt anzusprechen und deren politisches Engagement zu fördern.

Fragen:

Welche politischen Verfahren müssen in Österreich etabliert werden, um zu bessern und besser akzeptieren Entscheidungen zu kommen?

Wie sollten wir die Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Stakeholdern organisieren?

Was können wir von anderen Organisationen und politischen Institutionen lernen?

Demokratisierung politischer Prozesse durch systemisches Coaching und offene Konsultationen

Problembeschreibung:

In der aktuellen politischen Praxis sind Stakeholderbeteiligung und Konsultationsprozesse oft einseitig und beschränkt. Bürger haben meist nur die Möglichkeit, Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen abzugeben, was häufig zu hochschwellig und unzugänglich ist. Direkte Austauschmöglichkeiten, die über formale Stellungnahmen hinausgehen, fehlen oft, was zu einer mangelnden Transparenz und Akzeptanz politischer Entscheidungen führen kann.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass politische Prozesse selten von neutralen, moderierenden Instanzen begleitet werden, wie es in Unternehmen bei größeren Transformations- und Entscheidungsprozessen durch systemisches Coaching üblich ist. In der Politik dominieren traditionell Machtorientierung und Kontrollbedürfnis, was den Einsatz von externen Moderatoren oder Coaches erschwert. Es besteht ein hohes Maß an Misstrauen gegenüber offenen und ergebnisoffenen Prozessen, was zu unproduktiven und stark kontrollierten Gesprächsformaten führt.

Lösungen:

1. **Erweiterte Stakeholderbeteiligung:** Um politische Prozesse zu demokratisieren, sollten divers ausgewählte Stakeholder stärker und breiter eingebunden werden. Dies könnte durch die Schaffung offener Bürgerforen, sowohl digital als auch analog, erreicht werden, die von unabhängigen Stellen wie dem Parlamentsdirektion koordiniert werden. Diese Foren würden es Bürgern ermöglichen, sich aktiv und auf niedrigschwellige Weise an der Diskussion über größere Gesetzesvorhaben zu beteiligen. Dadurch würde die Transparenz erhöht und die Akzeptanz politischer Entscheidungen gestärkt.
2. **Etablierung systemischer Coaches in der Politik:** Die Einführung einer neutralen, moderierenden Instanz in politischen Entscheidungsprozessen

könnte dazu beitragen, bessere und von allen Beteiligten getragene Ergebnisse zu erzielen. Ein regelmäßiger und individueller Austausch mit systemischen Coaches sollte Parlamentariern offenstehen, um ihre Entscheidungen und Prozessbeteiligungen zu reflektieren. Dies würde nicht nur die Qualität der Entscheidungen verbessern, sondern auch Vertrauen in die Prozesse schaffen und die Ergebnisorientierung stärken.

3. **Überwindung traditioneller Strukturen:** Um das Misstrauen und die Machtorientierung in der Politik zu überwinden, könnten parteiinterne, kleinere Kreise mit offenen Arbeitsstrukturen als Modell dienen. Der Erfolg solcher Formate bei Parteien wie den Neos und den Grünen zeigt, dass moderierte und offene Prozesse auch in der Politik möglich und effektiv sein können, wenn das Risiko überschaubar ist. Ein schrittweiser Ausbau dieser Strukturen könnte langfristig zu einer breiteren Anwendung führen.

Durch diese Ansätze könnten politische Prozesse transparenter, partizipativer und ergebnisorientierter gestaltet werden, was letztlich zu einer Stärkung der Demokratie führen würde.

Komplexität als Herausforderung für Politik und Verwaltung: Ein strukturelles Umdenken ist erforderlich

Problembeschreibung: Viele der großen Aufgaben unserer Zeit, wie die ökologische und digitale Transformation, Migration oder der demografische Wandel, sind komplexe Transformationsprozesse. Diese Prozesse sind vielschichtig, interdisziplinär und erstrecken sich über verschiedene Ressorts. Unsere bestehenden Strukturen in Politik und Verwaltung sind jedoch nicht für diese Komplexität ausgelegt. Die derzeitigen Ansätze, strukturelle Verbindungen zu schaffen, etwa durch interministerielle Arbeitsgruppen, erweisen sich als mühsam und wenig effektiv. Das Problem zeigt sich besonders an den Schnittstellen, wo eigentlich funktionierende Interfaces benötigt würden.

Lösungen: Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen stärkere koordinierende Funktionen entwickelt werden, die über die notwendige Fähigkeit und Kompetenz verfügen, solche komplexen Prozesse zu steuern und zu koordinieren.

Ein weiterer Vorschlag betont die Notwendigkeit eines flexiblen Zielsystems, das in einer volatilen, dynamischen Welt nicht starr sein darf. Dieses System muss kontinuierlich evaluiert und weiterentwickelt werden. Dafür bedarf es intelligenter Prozesse und Strukturen, die ein harmonisches Zusammenspiel zwischen der inhaltlichen und strukturellen Ebene sicherstellen.

Wissenschaft als Entscheidungsgrundlage

Problembeschreibung: Die EU-Kommission hat in Zusammenarbeit mit den Akademien der Wissenschaften einen Beratungsmechanismus entwickelt, der als SAPEA (Science Advice for Policy by European Academies) bekannt ist. Dieser Mechanismus ist Teil des Science Advice Mechanism (SAM) und dient dazu, wissenschaftlich fundierte Positionspapiere zu zentralen und wichtigen Fragen zu erstellen. Diese Papiere, die auf wissenschaftlichem Konsens basieren, werden regelmäßig zur Unterstützung von politischen Entscheidungsprozessen herangezogen.

Lösungsansätze:

In Österreich hingegen fehlt es an einem vergleichbaren System, das kuratiertes Wissen zu unterschiedlichen Themen bereitstellt.

Gleichzeitig wäre ein breiter politischer Diskurs notwendig, um wissenschaftliche Erkenntnisse in die Entscheidungsfindung zu integrieren.

Um dies zu erreichen, müsste sowohl die Politik als auch die Gesellschaft ihre Haltung zur Wissenschaft überdenken. Die Notwendigkeit einer solchen Neuordnung wurde bereits nach der Covid-19-Pandemie vielfach diskutiert. Ein solcher Wandel könnte dazu beitragen, wissenschaftliches Wissen stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen und den öffentlichen Diskurs zu bereichern.

Mehr echte Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen wagen

Problembeschreibung: Die gegenwärtige Verteilung politischer Macht bedarf einer grundlegenden Neuausrichtung. Entscheidungen, die das Leben vieler Menschen beeinflussen, dürfen nicht länger in kleinen, abgeschotteten Kreisen getroffen und anschließend als fertige Lösungen präsentiert werden. Ein aktuelles Beispiel für diese Problematik sind „Last-minute“-Gesetzesvorschläge, die mit lediglich zwei Wochen Begutachtungsfrist vorgelegt werden, was eine echte Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger verhindert.

Lösungen: Um dies zu ändern, müssen politische Entscheidungsträger bereit sein, ihre Macht zu teilen und abzugeben. Es bedarf geeigneter Werkzeuge und strukturierter Prozesse, die eine zielgerichtete und effektive Bürgerbeteiligung ermöglichen. Außerdem muss ausreichend Zeit eingeplant werden, damit solche Beteiligungsprozesse tatsächlich stattfinden können.

Es gibt zahlreiche erfolgreiche Beispiele aus Europa und weltweit, die zeigen, wie Bürgerbeteiligung bei einfachen (z. B. Budgetverteilungen im kleinen Rahmen)

bis hin zu hochkomplexen Themen (z. B. Neuregelung der Sterbehilfe) umgesetzt werden kann. Diese Modelle können zwar nicht direkt übernommen werden, bieten jedoch wertvolle Anregungen und Grundlagen, um angepasste Beteiligungsprozesse zu entwickeln.

Optimierung der Prozesse in Koalitionsregierungen

Problembeschreibung:

Die Arbeits- und Abstimmungsprozesse in Koalitionsregierungen sind oft ineffizient. Insbesondere die Abstimmung zwischen den Koalitionspartnern und die Aufgabenverteilung zwischen Parlament und Ministerialverwaltung sind nicht klar geregelt. Dies führt zu Unklarheiten und Verzögerungen in der Regierungsarbeit.

Lösungen:

Eine Lösung könnte darin bestehen, der Bundesregierung eine Geschäftsordnung zu geben, ähnlich wie dies bei Landesregierungen üblich ist. Diese Geschäftsordnung könnte Abläufe und Zuständigkeiten klar regeln, um die Effizienz zu steigern. Alternativ könnten diese Prozesse in Koalitionsvereinbarungen festgehalten werden, was eine größere Flexibilität ermöglichen würde.

Unabhängig von der gewählten Lösung ist es notwendig, rechtlich zu klären, inwieweit legislative Ressourcen der Ministerialverwaltung auch den Parlamentsklubs zur Verfügung stehen, da diese derzeit de facto nur für die Regierungsklubs zugänglich sind.

Resilienz des österreichischen Rechtsstaats: Gefährdung durch Regierungseinfluss

Problembeschreibung

Der österreichische Rechtsstaat steht vor der Herausforderung, dass zentrale demokratische Institutionen wie der ORF, der Verfassungsgerichtshof (VfGH) und die Justiz einem erheblichen Einfluss der Regierung unterliegen. Konkret betrifft dies die Zusammensetzung der Gremien des ORF, die Ernennung der Verfassungsrichter*innen sowie die Staatsanwält*innen. Die Regierung kann durch das Justizministerium nicht nur direkt Weisungen an die Staatsanwaltschaft erteilen, sondern beeinflusst auch maßgeblich die

Karrierewege der Staatsanwält*innen. Dieser starke Regierungseinfluss gefährdet die Unabhängigkeit und Integrität wichtiger demokratischer Institutionen.

Lösungsansätze

Zur Stärkung der Resilienz des Rechtsstaats sollten Maßnahmen ergriffen werden, um den Einfluss der Regierung auf diese Institutionen zu begrenzen. Dies könnte durch die Schaffung unabhängiger Gremien zur Ernennung von Verfassungsrichter*innen und Staatsanwält*innen sowie durch eine Reform des ORF-Gesetzes erfolgen, um eine ausgewogenere und weniger regierungsnahe Besetzung der Gremien sicherzustellen. Ferner wäre die Abschaffung oder zumindest die strikte Einschränkung des Weisungsrechts des Justizministeriums gegenüber den Staatsanwaltschaften ein wesentlicher Schritt zur Sicherung der Unabhängigkeit der Justiz.

Politikerhaftung: Zivilrechtliche Verantwortung für politisches Handeln

Problembeschreibung: Politische Organe sind derzeit nicht zivilrechtlich für ihr Handeln haftbar, obwohl dies in Wirtschaftsunternehmen sowie in vielen anderen Staaten üblich ist.

Lösungsvorschlag: Politische Entscheidungsträger sollten für ihre Handlungen zivilrechtlich zur Verantwortung gezogen werden können.

Erhöhung der Transparenz im parlamentarischen Prozess

Problembeschreibung: Der derzeitige parlamentarische Prozess weist Defizite in Bezug auf Transparenz und Nachvollziehbarkeit auf. Bürgerinnen und Bürger haben oft keinen klaren Einblick in die Entscheidungsfindung und das Abstimmungsverhalten ihrer gewählten Abgeordneten. Zudem besteht in der Praxis ein starker Fraktionszwang, der individuelle Abstimmungsentscheidungen der Abgeordneten einschränken kann.

Lösungen:

1. **Anpassung des Gesetzgebungsprozesses nach EU-Vorbild:** Einführung eines strukturierten und transparenten Verfahrens, das die Phasen eines Gesetzgebungsprozesses klar abbildet: Grünbuch, Weißbuch, Gesetzesvorschlag und Parlamentsverfahren. Dies ermöglicht eine frühzeitige Einbindung der Öffentlichkeit und eine bessere Nachvollziehbarkeit der Entscheidungsprozesse.

2. **Elektronische Abstimmungen und Transparenz im Internet:** Einführung elektronischer Abstimmungen im Parlament, gekoppelt mit einer öffentlichen Darstellung der Abstimmungsergebnisse im Internet. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger jederzeit nachvollziehen, wie die Abgeordneten ihres Wahlkreises zu einzelnen Themen abgestimmt haben.
3. **Abschaffung des Fraktionszwangs bei bestimmten Themen:** Vereinbarung zwischen den Parteien, den Fraktionszwang bei bestimmten Themen aufzuheben, um den Abgeordneten mehr Freiheit bei der Abstimmungsentscheidung zu geben und so ihre individuelle Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu stärken.

"Coopetition" als Prinzip der politischen Zusammenarbeit

Problembeschreibung:

Das Verhältnis zwischen politischen Parteien sollte durch eine Balance zwischen Wettbewerb und Kooperation gekennzeichnet sein. Der Begriff "Coopetition" beschreibt treffend diese notwendige Ambivalenz. Aktuell dominiert jedoch der Wettbewerb, und das gemeinsame Ziel, das Land positiv zu gestalten, tritt in den Hintergrund. Die oft martialische Sprache, wie "politischer Gegner" und "Wahlkampf", verstärkt diese Konkurrenzhaltung und wird zunehmend als unangemessen und überholt wahrgenommen.

Lösungsansatz:

Eine sinnvolle Initiative wäre die Bildung einer überparteilichen Gruppe im Parlament, die sich für eine konstruktive Diskussionskultur einsetzt. Diese Initiative könnte den Fokus auf sachliche Auseinandersetzungen legen und den destruktiven Debattenstil der Abwertung und Kampfrhetorik überwinden.

Bildung und Auswahl der besten Köpfe für das Land: Herausforderungen und Lösungen

Problembeschreibung:

Die Diskussion um die Verbesserung der politischen Bildung an Schulen und die Einführung strukturierter Auswahlverfahren für politische Entscheidungsträger läuft schon seit geraumer Zeit. In der Wirtschaft sind gut ausgebildete, loyale und sozial kompetente Mitarbeiter*innen entscheidend für den Erfolg. Unternehmen investieren daher zunehmend in Employer Branding und die gezielte Auswahl geeigneter Personen. In der Politik hingegen fehlen oft solche systematischen

Ansätze. Stattdessen wird die Auswahl von Entscheidungsträgern oft dem Zufall überlassen, was bei den Bürger*innen nicht gut ankommt. Das Vertrauen in die politische Führung leidet.

Lösungen:

Besonders in Österreich besteht Verbesserungsbedarf im Vertrauen der Bevölkerung und der Politik in das Wissen von Expert*innen und zunehmend auch in die Kompetenzen der Künstlichen Intelligenz. Es ist entscheidend, dass wir **lernen, die richtigen Fragen zu stellen und uns auf komplexe Antworten einzulassen**. Der Umgang mit den Medien muss gezielt geschult werden, und es ist wichtig, dass nicht allein die nachfolgenden Generationen darüber entscheiden, woher sie ihr Wissen beziehen. Hierfür sind **strukturierte Bildungsangebote** und eine **gezielte Medienkompetenzförderung** notwendig, um eine fundierte und informierte politische Kultur zu schaffen.

Transparenz, Kompromissfindung und Faktenklarheit als Schlüssel zum politischen Miteinander

Problembeschreibung

Das politische Klima ist zunehmend von Spaltung und polarisierten Debatten geprägt, obwohl die oft zitierte "Zweiteilung" der Gesellschaft tatsächlich nicht so tiefgreifend ist, wie sie erlebt wird. Stattdessen handelt es sich um eine wahrgenommene Trennung, die durch vereinfachende Narrative verstärkt wird. Diese Entwicklung behindert die Fähigkeit, Kompromisse zu finden und konstruktiv zusammenzuarbeiten.

Lösungen

1. **Förderung von Transparenz und Kompromissbereitschaft:** Es ist entscheidend, **parteiübergreifende Initiativen** zu schaffen, die das Potenzial eines "bipartisan approach" demonstrieren und dessen Erfolg zeigen. Solche Initiativen könnten dazu beitragen, den politischen Diskurs zu verbessern und das Vertrauen in politische Prozesse wiederherzustellen. Eine kooperative Vorgehensweise von Politiker*innen und Parteien wird von den Medien positiv wahrgenommen. Nicht nur Konflikte, sondern auch substantielle Zusammenarbeit und Vernunft haben in der aktuellen Situation einen hohen Neuigkeitswert.
2. **Gemeinsames betonen:** **Demokratische Parteien, Institutionen, Interessensvertretungen und Unternehmen** sollten sich aktiv gegen vereinfachende und polarisierende Narrative stellen. Durch die **Betonung gemeinsamer Ziele und Interessen** kann der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden.

3. **Fakten außer Streit stellen:** Grundlegende Fakten zu zentralen Themen wie Klimawandel, Migration und Impfungen müssen in der politischen Diskussion unangefochten bleiben. Es ist wichtig, irrationalen Positionen entgegenzutreten. Dies erfordert eine klare und selbstbewusste Haltung von Parteien, Regierung, Institutionen und insbesondere Hochschulen, die Falschwahrheiten öffentlich widersprechen sollten.

Durch diese Maßnahmen könnte das politische Miteinander gestärkt und ein konstruktiverer Diskurs gefördert werden.

Reduzierung des Parteieneinflusses in Österreich

Problembeschreibung: In Österreich sind Parteien mächtige und gut finanzierte Organisationen, die aufgrund ihrer Struktur und ihres Eigeninteresses dazu neigen, ihren Einfluss und ihre Macht zu erweitern. Dies führt häufig zu einem Konflikt mit ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich dem Beitrag zu einer positiven Zukunft des Landes. Der politische Alltag ist stark von parteilichen Interessen und dem Wettbewerb zwischen diesen geprägt, wobei der "Wettbewerb der besten Ideen" oft nur ein Vorwand ist, um Macht und Ressourcen zu sichern.

Lösungen: Ein erster Schritt zur Verringerung des Parteieneinflusses wäre die Abschaffung des Klubzwangs im Parlament, wodurch Abgeordnete unabhängiger agieren könnten. Eine weitere Maßnahme wäre die schrittweise Reduzierung der Parteienförderung. Zusätzlich sollte die Praxis der Mandatsträgerbeiträge (Parteiensteuer) hinterfragt werden, da sie ebenfalls eine problematische Form der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Geldern darstellt.

Macht der Medien in Österreich

Problembeschreibung: In Österreich besitzen Boulevardmedien eine besonders große Macht, die durch die enge Verflechtung von Politik und Medien beeinflusst wird. Die hohe Marktkonzentration führt zu einer Machtkonzentration, die potenziell korruptionsanfällig ist. Zwar arbeitet der Großteil der Medien korrekt, dennoch kommt es vor, dass politische Akteure gegeneinander ausgespielt werden und Medien ihre Unterstützung denjenigen bieten, die am meisten dafür zahlen. Diese Unterstützung ist jedoch oft nicht von Dauer.

Ein weiteres relevantes Problem ist die politische Berichterstattung, die häufig auf „Er sagt, sie sagt“-Narrativen basiert. In solchen Fällen bleibt wenig Raum für tiefgehende inhaltliche Auseinandersetzungen. Zudem werden Aussagen

gelegentlich nicht ausreichend überprüft, was zu einer weniger fundierten Berichterstattung führen kann. Auch die Tendenz, Berichte mit persönlichen Meinungen und Bewertungen der Journalist*innen zu überlagern, kann den inhaltlichen Gehalt mindern.

Lösungsansätze: Um Politiker*innen vor direktem Druck zu schützen, könnte die Entscheidung über Zahlungen an Medien, sei es durch **Medienförderung oder Inserate, an eine unabhängige dritte Instanz** ausgelagert werden. Dies würde helfen, den **Einfluss der Medien auf politische Entscheidungen zu verringern und mögliche Korruption zu vermeiden**.

Eine weitere Maßnahme wäre die Einführung **gläserner Kassen**, bei denen öffentlich einsehbar ist, welche Zahlungen an Medien geleistet wurden. Dies würde die Transparenz erhöhen und das Vertrauen in den politischen Prozess stärken.

Zur Verbesserung der politischen Berichterstattung sollte der Fokus stärker auf inhaltliche Diskussionen und **weniger auf persönliche Meinungen und Bewertungen der Journalist*innen** gelegt werden. Dies könnte durch klare **Richtlinien in Redaktionen** und eine **stärkere Trennung von Bericht und Kommentar** erreicht werden. Zudem sollte eine **gründlichere Überprüfung von Aussagen** erfolgen, um die Qualität der Berichterstattung weiter zu steigern.

Vertrauen zurückgewinnen: Herausforderungen und Lösungsansätze

Problembeschreibung:

Vertrauen in politische Akteure kann schnell verloren gehen und ist nur schwer wiederherzustellen. Dieser Vertrauensverlust wird häufig durch das Handeln der politischen Entscheidungsträger selbst verursacht.

Lösungsansätze:

1. **Ganzheitliche Konzepte statt Einzelmaßnahmen:** Um Vertrauen zu stärken, sollten politische Akteure **nicht isolierte Maßnahmen**, sondern **schlüssige, umfassende Konzepte präsentieren**, beispielsweise im Bereich des Steuersystems.
2. **Komplexität reduzieren:** Es ist wichtig, **komplexe Themen zu vereinfachen**, etwa bei Strompreisen und den dazugehörigen Fördermaßnahmen, um sie für die Bevölkerung nachvollziehbarer zu machen.
3. **Zuversicht fördern:** Politische Akteure sollten **realistische Zukunftsbilder** aus ihrer Perspektive entwickeln und kommunizieren, um Zuversicht in die Zukunft zu schaffen.

Sicherung der Demokratie und Erneuerung des Parlamentarismus

Problembeschreibung: In Österreich steht das parlamentarische System vor erheblichen Herausforderungen. Die Arbeitsfähigkeit und Legitimation der Parlamente sind bedroht, was zu einem Vertrauensverlust in die demokratischen Institutionen führt. Ein zentrales Problem ist die Verlagerung politischer Entscheidungsprozesse in vor- und außerparlamentarische Bereiche, wodurch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungsfähigkeit des Parlamentsystems geschwunden ist. Das Parlament wird oft nur noch als Bestätigungsorgan für in Partei- und Regierungsgremien getroffene Entscheidungen wahrgenommen, was seine zentrale Bedeutung und die der Abgeordneten in Frage stellt.

Ein weiteres Problem ist die inhaltliche Schwäche der parlamentarischen Arbeit. Debatten sind oft nur oberflächliche Scheindiskussionen, die von starrem Regelwerk und parteipolitischen Zwängen dominiert werden. Abgeordnete haben wenig Raum, sich inhaltlich zu profilieren, was dazu führt, dass sie sich häufig auf innerparteiliche Absicherung und öffentlichkeitswirksame, aber inhaltsleere Termine konzentrieren. Zudem wird die politische Kontrolle, eine der Kernaufgaben des Parlaments, kaum als effektiv wahrgenommen.

Lösungsansätze:

1. **Dialogorientierter Parlamentarismus:** Parlamente sollten **Orte der demokratischen Auseinandersetzung und der politischen Beteiligung sein.** Eine stärkere **Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wissenschaft** in den parlamentarischen Prozess könnte das Vertrauen in die Demokratie erhöhen. Modelle wie **Bürgerräte und konsultative Gremien**, die bereits in einigen Regionen erfolgreich umgesetzt werden, könnten ausgeweitet werden.
2. **Konzentration auf Kernaufgaben:** **Nationalrat und Bundesrat sollten sich stärker auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren: Diskutieren, Konsultieren, Entscheiden und Kontrollieren.** Dies erfordert eine **Neuausrichtung der Ausschussarbeit und eine intensivere Auseinandersetzung mit Gesetzesvorschlägen**, um die Qualität des Gesetzgebungsprozesses zu verbessern.
3. **Stärkung der Abgeordneten:** **Abgeordnete sollen eigenständiger agieren können** und ihre Aufgaben souverän wahrnehmen. Dies umfasst eine faktenbasierte Beratung unter Einbeziehung von Wissenschaft und Öffentlichkeit, transparente Entscheidungsprozesse und eine effektive Kontrolle der Regierung. Ein „Code of Conduct“ könnte die Erwartungen an die Mandatarinnen und Mandatare klar definieren und die öffentliche Wahrnehmung ihrer Arbeit verbessern.

Verbesserung der Prozesstransparenz in der Gesetzgebung

Problembeschreibung:

Es besteht ein erheblicher Mangel an Transparenz in den politischen Prozessen, insbesondere bei der Gesetzgebung und der Verwaltung. Viele Bürgerinnen und Bürger sind nicht ausreichend über die Abläufe, Zuständigkeiten und Einflussmöglichkeiten informiert. Dies führt zu einem Defizit im Verständnis und der Partizipation in demokratischen Prozessen.

Lösungen:

Langfristige Maßnahmen:

- **Aufwertung der politischen Bildung:** Politische Bildung sollte intensiviert werden und bereits in der Volksschule beginnen. Themen wie der Stufenbau der Rechtsordnung, die Kompetenzverteilung, Bürgerrechte und eine kritische Auseinandersetzung mit den politischen Programmen der Parteien sollten zentraler Bestandteil des Lehrplans sein.

Mittelfristige Maßnahmen:

- **Stärkung der Parlamentsdirektion:** Die Parlamentsdirektion sollte befähigt werden, eigenständig und mediengerecht Inhalte zu produzieren, die laufende Gesetzgebungsprozesse und Verordnungen verständlich erklären. Dies umfasst Informationen über die zuständigen Fachministerien, Beteiligte und konkrete Mitspracherechte. Diese Funktion sollte auch auf Bundesländerebene umgesetzt und die Inhalte in einfacher Sprache vermittelt werden.
- **Formalisierung von Landeshauptleutekonferenzen:** Landeshauptleutekonferenzen und Landesrät*innen sollten formalisiert werden, jedoch ohne formale Entscheidungsgewalt. Protokolle, Beschlussdokumente und eingebrachte Anträge müssen veröffentlicht werden.
- **Transparenz bei Ausschussprotokollen:** Protokolle von Ausschusssitzungen sollten die Beratungen inhaltlich dokumentieren und öffentlich zugänglich gemacht werden.
- **Veröffentlichung von Stellungnahmen:** Der Input Dritter und alle Stellungnahmen zu Gesetzesvorschlägen und Verordnungen, insbesondere von Organisationen der öffentlichen Hand, Gebietskörperschaften und Sozialpartnern, sollten verpflichtend veröffentlicht werden.

- **Evaluierung von Gesetzesvorschlägen:** Gesetzesvorschläge und Verordnungen sollten um eine **Evaluierung ergänzt werden, die aufzeigt, welche Änderungen auf welche Stellungnahmen zurückzuführen sind.**
- **Verpflichtende Abläufe für Verfassungsgesetze:** Es sollten **gesetzlich verpflichtende Abläufe für die Schaffung und Änderung von Gesetzen im Verfassungsrang** eingeführt werden.

Notwendigkeit einer Erneuerung des politischen Dialogs

Problembeschreibung: Der aktuelle Zustand der politischen Kommunikation zeigt eine zunehmende Entfremdung zwischen den verschiedenen politischen Lagern. Parlamente, die ursprünglich als Plattformen für den konstruktiven Austausch von Argumenten dienen sollten, werden zunehmend als Bühne zur Selbstdarstellung genutzt. Ein bezeichnendes Zeichen dafür ist, dass Plenarreden zunehmend nicht mehr für den direkten politischen Diskurs, sondern für die Fernsehübertragung gestaltet werden.

Lösungen: Es bedarf dringend seriöser **Kontaktstellen, die einen echten Dialog zwischen den unterschiedlichen politischen Gruppen fördern.** Parlamente sollten wieder ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht werden und als Foren des Diskurses fungieren. Darüber hinaus sollten auch andere Plattformen für grundlegende politische Auseinandersetzungen reaktiviert werden, wie sie früher beispielsweise in den Vereinbarungen der Sozialpartner zu finden waren.

Transparenz und Bürgerbeteiligung von unten nach oben

Problembeschreibung:

Es herrscht weit verbreitet die Meinung, dass Entscheidungen und Mittelverwendungen "von oben" intransparent und eigennützig getroffen werden. Besonders auf kommunaler Ebene wird oft vermutet, dass Geld ohne ausreichende Kontrolle ausgegeben wird, was das Vertrauen der Bürger in die Politik untergräbt.

Lösungen:

Um dem entgegenzuwirken, sollte auf **Gemeindeebene ein Höchstmaß an Transparenz** eingeführt werden. Dabei sollten nicht nur aggregierte Summen veröffentlicht werden, die leicht verschleiern, wie das Geld tatsächlich verwendet wird. Stattdessen sollte eine klare Haushaltsordnung festlegen, wie Ausgaben

gebucht werden, und diese Informationen sollten den Bürger*innen bis hin zur Einzelrechnung zugänglich gemacht werden.

Ein weiterer Schritt wäre die direkte **Mitbestimmung der Bürger*innen bei der Mittelverwendung**. Anstatt geheime Abstimmungen über große Projekte im Gemeinderat durchzuführen, sollten die Bürger*innen umfassend informiert und in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Ein Vorbild hierfür sind Schweizer Gemeinden und Kantone, in denen eine solche direkte Demokratie praktiziert wird.

Es ist wenig erfolgversprechend, Bürgerbeteiligung erst auf Bundesebene zu verstärken, da die Entscheidungsprozesse dort oft zu politisch, zu abstrakt und für viele Bürger*innen schwer nachvollziehbar sind. Der Fokus sollte daher auf der lokalen Ebene liegen, wo Entscheidungen greifbarer und die Beteiligung unmittelbarer ist.

Handlungsbedarf zur Sicherstellung der Integrität und Effizienz in Ministerien

Problembeschreibung

Ministerinnen und Minister verfügen über umfangreiche Befugnisse in ihren Ressorts, was potenzielle Risiken birgt. In den bisherigen Diskussionen wurde betont, dass es notwendig ist, diese Risiken gezielt anzugehen.

Lösungsansätze

1. **Auswahl geeigneter Personen:** Es wurde hervorgehoben, dass die **Auswahl von Regierungsmitgliedern entscheidend ist. Es bedarf eines breiten Bewusstseins für die Bedeutung dieser Auswahl.**
2. **Kriterien und Kodex für Regierungsmitglieder:** Es wurde vorgeschlagen, spezifische **Auswahlkriterien und einen Verhaltenskodex für Regierungsmitglieder** zu entwickeln und zu diskutieren.
3. **Öffentliche Hearings:** Ein weiteres vorgeschlagenes Mittel ist die Durchführung von **Hearings, bei denen sowohl die Öffentlichkeit als auch Abgeordnete die Gelegenheit haben, sich ein Bild von den nominierten Personen zu machen.**
4. **Schutz vor fremden Einflüssen:** Der Schutz vor externen Einflüssen auf Regierungsmitglieder wurde als wesentlich erachtet.

Zusätzlich wurde in einer weiterführenden Diskussion angemerkt, dass die **Größe der Ministerkabinette beschränkt** werden sollte, um einem übermäßigen Wachstum entgegenzuwirken. Hierbei wurde auch eine Änderung des Bundesministeriengesetzes (BMinG) vorgeschlagen, um eine präzisere und

regulierte organisatorische Gestaltung der Ministerien zu gewährleisten und sachfremde Einflüsse zu minimieren.

Verantwortung politischer Amtsträger: Notwendige Reformen der Amtshaftung

Problembeschreibung:

Die aktuelle Rechtslage verunmöglicht die Geltendmachung von Amtshaftungsansprüchen gegen Regierungsmitglieder.

Lösungsvorschlag:

Es sollte eine Reform angestrebt werden, die die **Durchsetzung von Amtshaftung auch gegenüber Regierungsmitgliedern** ermöglicht.

Unabhängigkeit des ORF: Reformbedarf und Lösungsvorschläge

Problembeschreibung: Der Österreichische Rundfunk (ORF) steht vor der Herausforderung, seine redaktionelle und operative Unabhängigkeit langfristig zu sichern. Trotz vielfältiger Reformideen ist vor allem eine umfassende Absicherung seiner Unabhängigkeit durch eine Reform der Gremien dringend erforderlich. Dies wird durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofs (VfGH) zusätzlich unterstrichen.

Lösungsvorschläge: Die Kernforderungen zur Sicherung der Unabhängigkeit des ORF umfassen:

1. Entpolitisierung und Professionalisierung der Gremien:

- Der Stiftungsrat soll auf maximal 20 Mitglieder reduziert und zu einem parteipolitisch unabhängigen, professionellen Aufsichtsgremium reformiert werden. Die Bestellung der Mitglieder erfolgt durch den Publikumsrat mit Zweidrittelmehrheit, basierend auf klaren fachlichen Qualifikationskriterien.
- Der Publikumsrat übernimmt die Rolle einer unabhängigen und repräsentativen gesellschaftlichen Aufsicht. Zwei Drittel der Mitglieder werden nach dem Prinzip der partizipativen gesellschaftlichen Repräsentation bestimmt, während ein Drittel weiterhin durch politische und parteinahe Institutionen besetzt wird.

2. **Transparenz und Kontrolle:**

- Transparente und nachvollziehbare Verfahren zur Bestellung von Stiftungs- und Publikumsräten sowie des Managements, einschließlich öffentlicher Hearings und der Möglichkeit zur Popularbeschwerde.
- Erweiterung der Transparenzpflichten gegenüber der Öffentlichkeit und Stärkung der Kontroll- und Beschwerdemöglichkeiten durch die Einführung umfassender Prüfkompetenzen für die Regulierungsbehörde.

3. **Gesetzliche Verankerung des Allgemeininteresses:**

- Der Grundsatz der Wahrung des Allgemeininteresses soll in §1 des ORF-Gesetzes fest verankert werden. Gremien und Management sind gesetzlich an diesen Grundsatz gebunden, und Unternehmensbeteiligungen des ORF sollen auf ihre Vereinbarkeit mit der öffentlichen Aufgabe überprüft werden.

4. **Unabhängige wissenschaftliche Begleitung:**

- Eine unabhängige wissenschaftliche Beobachtung soll sicherstellen, dass der ORF seinen Programmauftrag erfüllt und der Finanzbedarf zur Festsetzung des ORF-Beitrags korrekt ermittelt wird.

Eine Reform des ORF ist nicht nur medienpolitisch relevant, sondern auch eine Frage der Demokratie, da ein unabhängiger ORF als Garant für öffentliche Interessen und Meinungsvielfalt fungiert.

Zweck und Strategie hinter Angriffen auf Journalist*innen

Problembeschreibung:

Angriffe auf Journalistinnen und Journalisten nehmen in verschiedenen Formen zu: SLAPP-Klagen, Online-Kampagnen, verbale und körperliche Angriffe, insbesondere bei Demonstrationen. Während einzelne Vorfälle thematisiert werden, bleibt die dahinterliegende Systematik oft unbeachtet. Diese Angriffe folgen einem klaren Muster:

1. **Zweifel säen:** Angriffe zielen darauf ab, das Vertrauen in Journalist*innen und Medien zu untergraben.
2. **Glaubwürdigkeit schmälern:** Besonders der ORF wird häufig attackiert, um das Vertrauen in etablierte Medien zu senken.

3. **Propaganda fördern:** Durch die Schwächung unabhängiger Medien sollen Menschen auf vermeintliche Alternativmedien umgeleitet werden, die statt Journalismus Propaganda, Desinformation oder interessen geleitete Kommunikation bieten.
4. **Informationsblasen schaffen:** Ziel ist es, das Publikum in einer Parallelwelt aus Propaganda und Desinformation gefangen zu halten, indem es in einer Medienbubble aus assoziierten Kanälen (z.B. Auf1-TV, FPÖ-TV, Telegram) gehalten wird.

Lösungsansätze:

Um diesen Strategien entgegenzuwirken, sollten zwei Maßnahmen ergriffen werden:

- a) **Bewusstsein schaffen:** Es ist entscheidend, das **Bewusstsein für diese systematischen Angriffe** zu schärfen.
- b) **Sprache reflektieren:** Das **unkritische Übernehmen von Terminologien und Narrativen wie "Zwangsgebühren", "Lügenpresse", "Staatsfunk" oder "Mainstream-Medien"** unterstützt diese Angriffe und sollte **unterlassen** werden.

Herausforderungen und Lösungsansätze zur Finanzierung von Journalismus

Problembeschreibung: Die Finanzierung von Journalismus stellt eine erhebliche Herausforderung dar. Angesichts des aktuellen Zustands des Mediensystems werden mehrere kritische Aspekte oft nicht ausreichend diskutiert.

Lösungsansätze:

1. **Konsens über die Zielsetzung:** Die Förderung eines unabhängigen, vielfältigen und qualitativ hochwertigen Journalismus sollte als zentrale Aufgabe gesehen werden, um die liberale Demokratie zu stärken.
2. **Förderung gemeinnützigen Journalismus:** Im Fokus sollte die **Unterstützung von nicht gewinnorientierten journalistischen Projekten** stehen.
3. **Gemeinsam nutzbare Infrastruktur:** Es ist wichtig, **Ressourcen und Infrastruktur, die von mehreren Medienorganisationen genutzt werden können**, zu fördern.
4. **Förderung von Innovation:** **Innovationen im Journalismus müssen gezielt unterstützt werden**, um die Anpassungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Branche zu sichern.

5. **Regulierung von Plattformen:** Plattformen sollten strenger reguliert werden, und **Einnahmen aus Digitalsteuern** könnten zur Förderung des Journalismus verwendet werden.

Medienkompetenz für Entscheidungsträger*innen in Politik, Justiz und Wirtschaft

Problembeschreibung: Entscheidungsträger*innen in Politik, Justiz und Wirtschaft stehen zunehmend vor der Herausforderung, in einer digitalen und medial geprägten Welt fundierte Entscheidungen zu treffen. Oft fehlt es an einem klaren Verständnis der grundlegenden Unterschiede zwischen Journalismus, Unternehmenskommunikation, Werbung, Desinformation und Propaganda. Ebenso bestehen Defizite im Wissen über die Funktionsweisen von Social Media, den dahinterstehenden Plattform-Algorithmen und deren Auswirkungen. Darüber hinaus gewinnt die Künstliche Intelligenz (KI) an Bedeutung, deren Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs und die Entscheidungsfindung kaum absehbar ist.

Lösungsansätze: Um diese Wissenslücken zu schließen, sind gezielte Maßnahmen zur Steigerung der Medienkompetenz erforderlich. Folgende Themen sollten im Mittelpunkt stehen:

- **Unterscheidung von Informationsquellen:** **Vermittlung grundlegender Kenntnisse über Journalismus und dessen Abgrenzung zu Unternehmenskommunikation, Werbung, Desinformation und Propaganda.** Erläuterung der Bedeutung eines freien und unabhängigen Journalismus für die Demokratie.
- **Verständnis von Social Media:** **Aufklärung über die Funktionsweise von Social-Media-Plattformen,** deren wirtschaftliche Ziele und die Auswirkungen von Algorithmen auf die Meinungsbildung.
- **Einführung in Künstliche Intelligenz:** **Grundlagenwissen zu Künstlicher Intelligenz,** ihrer Funktionsweise und ihrem potenziellen Einfluss auf gesellschaftliche Diskussionen und Entscheidungsprozesse.

Diese Maßnahmen können dazu beitragen, dass Entscheidungsträger*innen besser informierte und verantwortungsvollere Entscheidungen treffen.

Politikerhaftung: Fehlende zivilrechtliche Verantwortung in Österreich

Problembeschreibung:

In vielen Ländern ist die zivilrechtliche Haftung für politisches Handeln bereits umgesetzt. In Österreich hingegen fehlen entsprechende Regelungen, obwohl solche Konzepte bereits entwickelt wurden.

Lösungen:

Es besteht Handlungsbedarf, die erarbeiteten Ansätze zur **zivilrechtlichen Haftung von Politikerinnen und Politikern** in Österreich umzusetzen.

Stärkung der Resilienz des Rechtsstaats

Lösungen:

- Anstatt Inzerate vollständig zu verbieten, sollten **strengere Regeln für die Art und Weise der Kommunikation durch die Regierung entwickelt** werden. Nur essentielle Regierungsinformationen sollten verbreitet werden, um die Informationspflicht zu erfüllen und gleichzeitig Missbrauch zu verhindern.
- Verbesserung der **IT-Ausstattung, um sicherzustellen, dass Staatsanwaltschaften effizient arbeiten können**, insbesondere bei der Bearbeitung umfangreicher Fallakten.

Gewaltenteilung und politische Bildung

Problembeschreibung:

Die Demokratie in Österreich ist durch Schwächen in der Gewaltenteilung und durch Defizite in der politischen Bildung gefährdet.

1. Formelle Defizite der Gewaltenteilung:

- Die Parlamente verfügen nicht über ausreichende institutionelle Unabhängigkeit gegenüber der Regierung.
- Die richterliche Unabhängigkeit ist in Bezug auf personelle Entscheidungen nicht ausreichend gewährleistet, insbesondere bei der Bestellung von Richtern und den notwendigen "Cooling-off-Phasen" für politisch aktive Personen.

2. Informelle Defizite der Gewaltenteilung:

- Abgeordnete unterliegen faktisch einem Mandat der Parteiführung, insbesondere wenn diese Regierungsämter anstrebt. Wer in seinem Amt bleiben will, muss den Anweisungen der Parteispitze folgen, was die Kontrollfunktion des Parlaments einschränkt.
- Regierungsmitglieder agieren oft mehr als Vertreter ihrer Partei oder deren Interessengruppen statt im Interesse der gesamten Bürgerschaft.

3. Defizite in der politischen Bildung:

- Politische Bildung, sowohl in Schulen als auch in der Erwachsenenbildung, wird oft auf eine verfassungsdogmatische Institutionenlehre reduziert. Es fehlt an einer breiteren Vermittlung, die die Entstehung und die Ziele politischer Haltungen sowie deren Widersprüche aufzeigt.

Lösungen:

1. Stärkung der Gewaltenteilung:

- Es sollte eine klare institutionelle Trennung zwischen Parlamenten und Regierung geschaffen werden.
- Die richterliche Unabhängigkeit muss durch bessere personelle Ausstattung und geeignete Regelungen, wie etwa Cooling-off-Phasen für politisch aktive Personen, gestärkt werden.

2. Förderung der politischen Bildung:

- Politische Bildung sollte erweitert werden, um ein tiefgreifenderes Verständnis für politische Prozesse und deren Hintergründe zu vermitteln. Hierbei sollten auch die Medien eine stärkere Rolle einnehmen.
- Die Vorgaben für die öffentliche Finanzierung der Medien und den Umgang mit Medienvertretern müssen verbessert werden. Ein Ethikkodex für das Zusammenspiel von Politik und Journalismus wäre wünschenswert.
- Es könnte ein unabhängiges Forum zur Aufdeckung parteipolitischer Manipulationen der öffentlichen Meinung eingerichtet werden, ähnlich einem institutionellen Faktencheck.

5Parlamentarismus

Die Bedeutung eines unparteiischen Präsidenten des Nationalrats

Problembeschreibung

Der Präsident des österreichischen Nationalrats besitzt umfangreiche Befugnisse zur Steuerung parlamentarischer Abläufe und zur Verwaltung des Parlaments. Wenn diese Macht jedoch von einer parteiisch agierenden Person ausgeübt wird, kann dies die Funktionsfähigkeit des Parlaments und die demokratischen Prozesse erheblich beeinträchtigen.

Ein parteiischer Präsident könnte durch strikte und einseitige Auslegung der Geschäftsordnung sowie durch gezielte Verzögerungen bei der Bearbeitung von Anträgen und Gesetzesvorlagen die Arbeit der Opposition systematisch behindern. Durch manipulative Tagesordnungsplanung könnten Oppositionsvorlagen immer wieder verschoben oder unterdrückt werden, was nicht nur die Rechte der Opposition einschränkt, sondern auch das öffentliche Vertrauen in die konstruktive Arbeitsweise des Parlaments untergräbt.

Zudem besteht die Gefahr, dass durch ständige Konflikte und Blockaden eine allgemeine Ermüdung eintritt, wodurch ernsthafte Probleme oder Missbräuche möglicherweise nicht mehr angemessen wahrgenommen und adressiert werden. In kritischen Situationen könnte dies zu einer Lähmung des Parlaments führen und die schrittweise Demontage demokratischer Strukturen begünstigen.

Ein weiterer Aspekt ist die Besetzung von Schlüsselpositionen innerhalb des Parlamentsapparats. Ein parteiischer Präsident könnte diese Posten mit loyalen Gefolgsleuten besetzen und kritische oder unabhängige Mitarbeiter*innen entfernen oder versetzen. Dies würde die Kontrolle über interne Prozesse stärken, Transparenz reduzieren und möglichen Amtsmissbrauch erleichtern.

Lösungen

Um der Gefahr eines Machtmissbrauchs entgegenzuwirken, sollten **Mechanismen zur Kontrolle und Balance der präsidialen Befugnisse** gestärkt werden. Eine Möglichkeit wäre die **Einführung einer Abwahlmöglichkeit des Präsidenten durch den Nationalrat**, eventuell gekoppelt an ein hohes Quorum, um politische Stabilität zu gewährleisten und gleichzeitig Verantwortung einzufordern.

Alternativ könnten Teile der präsidialen Macht auf andere Gremien oder Positionen verteilt werden, etwa durch die Einsetzung eines von den Parlamentsklubs bestellten **Parlamentsdirektors (der als Generalsekretärs die Geschäfte führt)** oder die **Stärkung der Präsidialkonferenz**. Dies würde die Entscheidungsprozesse pluralistischer gestalten und einseitige Machtkonzentration verhindern.

Durch diese Maßnahmen kann die Integrität und Funktionsfähigkeit des Parlaments geschützt und das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen gestärkt werden.

Parteien – Eine Herausforderung für die Demokratie?

Problembeschreibung: Der übermäßige Einfluss politischer Parteien stellt eine ernsthafte Belastung für die Demokratie dar. Parteien sind zwar ein unverzichtbarer Bestandteil des demokratischen Prozesses, da sie Interessen ordnen und die politische Komplexität verringern. Doch wie jede Organisation neigen auch Parteien dazu, ihren Einfluss auszubauen und Ressourcen für sich zu beanspruchen. Diese Entwicklung ist zwar natürlich und nicht grundsätzlich negativ, sie muss jedoch begrenzt werden, um ein Ungleichgewicht zu verhindern. Andere Parteien fungieren dabei nur eingeschränkt als Gegengewicht, da sie zwar um Macht konkurrieren, gleichzeitig aber ein gemeinsames Interesse daran haben, den eigenen Einfluss zu maximieren, wie Beispiele wie die Parteienförderung oder die politische Einflussnahme in Österreich zeigen.

Lösungsvorschläge: Um das Gleichgewicht zu wahren, muss ein Gegenspieler gefunden werden der Strukturen entwickelt, die den Einfluss der Parteien in gesunde Schranken weist.

Einige weitere Ansätze könnten sein: das Verbot des Klubzwangs im Parlament, ein Verbot der Parteimitgliedschaft für Führungskräfte im öffentlichen Dienst, und die Halbierung der Parteienförderung.

Herausforderungen der Komplexität im politischen System

Problembeschreibung

Das aktuelle politische System zeigt sich zunehmend unfähig, die komplexen Herausforderungen in den Bereichen Gesellschaft, Umwelt, Außenpolitik und Geopolitik effektiv zu bewältigen. Der Erfolg interministerieller Arbeitsgruppen hängt stark von den beteiligten Personen ab, wobei erfolgreiche Beispiele zwar existieren, der gesamte Verwaltungsapparat jedoch als schwerfällig und langsam empfunden wird. Politische Interessen dominieren häufig über fachliche Notwendigkeiten, was die Problemlösungsfähigkeit weiter einschränkt.

Lösungsansätze

1. **Verstärkte Richtlinienkompetenz:** Ein Vorschlag zielt darauf ab, für bestimmte Themengebiete eine starke Richtlinienkompetenz für einzelne Ministerien gesetzlich zu verankern. Diese Kompetenz sollte mit einer Entscheidungskompetenz verbunden sein, die nach Abstimmung mit den beteiligten Ressorts und Konsultation unabhängiger Wissenschaftler*innen und Stakeholdern ausgeübt wird. Diese Regelung könnte dazu beitragen, Blockaden zu überwinden und langwierige

Verfahren zu vermeiden, insbesondere im Kontext der Klimawandelanpassung.

2. **Pragmatischer Vorschlag:** Ein ergänzender Vorschlag sieht die Einrichtung von **Staatssekretären für strategische Transformationsaufgaben**, wie die ökologische Transformation, im Bundeskanzleramt vor. Diese sollten in Verbindung mit **einem ständigen Ausschuss im Nationalrat** und einem **externen Expertenbeirat** arbeiten. Dieser Ansatz ist zwar nicht ideal, jedoch kurzfristig umsetzbar und könnte als Übergangslösung dienen.

Bürger*innenräte: Ein Weg zu besseren und akzeptierten Entscheidungen

Problembeschreibung:

Um zu besseren und breiter akzeptierten politischen Entscheidungen zu gelangen, fehlt es in der direkten Demokratie an einem Instrument, das Deliberation und Konsensbildung fördert. Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen sind zwar etablierte Mittel, ermöglichen jedoch oft keine tiefgehende Auseinandersetzung mit komplexen Themen. Dies führt dazu, dass wichtige Themen, wie beispielsweise das Klimaschutzgesetz, nur aus der Perspektive politischer Machtkämpfe betrachtet werden und weniger als Ergebnis eines gesellschaftlichen Konsenses.

Lösungsansatz:

Die **Institutionalisierung von Bürger*innenräten** könnte als ergänzendes Instrument der direkten Demokratie dienen. Diese Räte fördern durch **Deliberation und Konsensbildung** eine tiefere Auseinandersetzung mit den Themen. Die Erfahrungen mit dem österreichischen Klimarat zeigen, dass solche Prozesse zur Akzeptanz und Qualität der Entscheidungen beitragen können. Ein zentraler Erfolgsfaktor ist die **langfristige Begleitung und Umsetzung der Empfehlungen dieser Räte**. Dies würde verhindern, dass bedeutende Themen, wie das Klimaschutzgesetz, lediglich als gescheiterte Projekte einzelner Parteien wahrgenommen werden und stattdessen als Ausdruck eines gesellschaftlichen Konsenses gelten.

Transparenz in der Stakeholder-Einbindung: Ein skandinavisches Modell

Problembeschreibung: Die Einbindung von Stakeholdern in politische Entscheidungsprozesse ist stark politisiert und fördert bestehende Machtstrukturen. Dies zeigt sich auch im häufigen Personalwechsel zwischen Interessengruppen und der Verwaltung, was in kleinen Ländern üblich ist. Problematisch ist jedoch der Mangel an Transparenz in diesem Prozess, da es keine Informationen über die Einbeziehung von Stakeholdern gibt.

Lösungsvorschlag: Eine mögliche Maßnahme zur Veränderung dieser Strukturen ist die Einführung einer öffentlichen Dokumentation und Offenlegung von Kontakten und der Mitwirkung an Entscheidungen, wie dem Einbringen von Unterlagen. Dies würde nicht nur zur Vertrauensbildung beitragen, sondern auch das politische Verständnis der Öffentlichkeit und der Medien stärken.

Verbesserung der Nutzung von Sachverständigenräten in der Politik

Problembeschreibung: Die Einbindung von Wissenschaftler*innen und Expert*innen in politische Entscheidungsprozesse erfolgt häufig über Gutachten, Beiräte und Kommissionen. Obwohl es etablierte Beispiele gibt, bleibt das Potenzial dieser Strukturen oft ungenutzt. Ein zentrales Problem besteht darin, dass es an ständigen Gremien fehlt, die konkrete und umsetzbare Empfehlungen zu spezifischen politischen Fragen entwickeln. Wissenschaftler*innen tendieren dazu, keine klaren politischen Empfehlungen auszusprechen und sich auf ihr Fachgebiet zurückzuziehen. Dies führt zu einem breiten politischen Spielraum und einer gewissen Unverbindlichkeit der Ergebnisse.

Lösungen: Die in Deutschland etablierten Sachverständigenräte bieten ein Modell für die Schaffung ständiger, interdisziplinär besetzter Gremien, die kontinuierlich arbeiten und Ergebnisse liefern, die öffentlich diskutiert werden. Diese Gremien sollten sich auf größere politische Herausforderungen konzentrieren, wie etwa Umweltfragen, und dabei eine sparring-ähnliche Funktion für die Politik einnehmen. Ein solcher Rat kann den politischen Spielraum eingrenzen, indem er innerhalb des Gremiums Interessenkonflikte abwägt und antizipiert. Darüber hinaus dient er der Legitimation von Maßnahmen, die sonst politisch unterdrückt werden könnten. Die Erfahrungen mit bestehenden Gremien, wie dem Rat für Forschung und Technologie, zeigen jedoch, dass die Zusammensetzung entscheidend ist, um die gewünschte sparring-Qualität und eine wirkliche Leistungssteigerung in der Politik zu erreichen.

Den Verfassungsgerichtshof vor politischer Einflussnahme schützen

Problembeschreibung:

Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) spielt eine zentrale Rolle für den Erhalt von Rechtsstaat und Demokratie. Dennoch besteht die Gefahr, dass eine Regierung mit parlamentarischer Mehrheit den Gerichtshof mit Personen besetzt, die seine Schutzfunktion nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen. Diese Gefahr wird durch zwei wesentliche Faktoren verstärkt:

1. **Einfluss der Regierung auf die Richterbesetzung:** Regierungen mit parlamentarischen Mehrheiten haben nahezu uneingeschränkte Macht bei der Auswahl der VfGH-Richter*innen. Aktuell erfolgen die Nominierungen durch die Bundesregierung (Präsident*innen, Vizepräsident*innen, 6 Mitglieder), den Nationalrat (3 Mitglieder) und den Bundesrat (3 Mitglieder). Dies führt zu einer potenziellen Machtkonzentration, die das Gleichgewicht der Gewalten gefährden kann.
2. **Amtszeitbeschränkung und altersbedingte Clusterungen:** Die Altersgrenze von 70 Jahren führt dazu, dass innerhalb kurzer Zeit eine große Zahl an Richter*innen ersetzt werden muss, insbesondere wenn mehrere Amtsinhaber*innen in einem ähnlichen Alter sind. Dies könnte einer Regierung die Möglichkeit geben, den VfGH in kurzer Zeit erheblich personell umzugestalten.

Lösungen:

1. **Änderung des Nominierungsverfahrens:** Eine stärkere Einbindung des Parlaments, etwa durch die Einführung eines 2/3-Erfordernisses für die Nominierung durch die Parlamentskammern, könnte zu einer besseren Machtbalance führen. Dies erfordert jedoch eine Abwägung, da die strengen Nominierungskriterien der Bundesregierung bei einer Übertragung auf das Parlament möglicherweise wegfallen würden.
2. **Festlegung fester Amtszeiten:** Um die Auswirkungen der Altersgrenze zu entschärfen, könnte die Amtszeit der Richter*innen auf eine feste Dauer von beispielsweise 12 oder 15 Jahren festgelegt werden. Gleichzeitig sollten die Neubesetzungen zeitlich gestaffelt erfolgen, um eine gleichmäßigere Einflussnahme über die Zeit zu gewährleisten. Eine Erhöhung der Anzahl der Mitglieder und die Einführung rotierender Stimmrechte, ähnlich wie im EZB-Rat, könnte ebenfalls zur Stabilität beitragen.
3. **Verzicht auf Sondervoten (dissenting opinions):** Obwohl die Forderung nach Sondervoten aus Transparenzgründen verständlich ist, besteht die Gefahr, dass sie die Unabhängigkeit der Richter*innen untergraben könnten. Sie würden Regierungen und Parteien die Möglichkeit bieten, das Verhalten "ihrer" Richter*innen nachträglich zu kontrollieren und politischen Druck auszuüben. Angesichts dieser Risiken sollte auf die Einführung von Sondervoten verzichtet werden.

Demokratiereform und Bürgerbeteiligung: Probleme und Lösungen

Problembeschreibung:

In Österreich mangelt es an Verfahren, die größtmögliche Transparenz und Bürgernähe fördern. Der politische Diskurs, insbesondere zur Demokratiereform und Partizipation, wird überwiegend innerhalb einer intellektuellen Elite geführt, ohne die breite Bevölkerung ausreichend einzubeziehen.

Personalentscheidungen, etwa in öffentlichen Institutionen wie dem Rundfunk, erfolgen häufig ohne öffentliche Hearings. Zudem investieren Parteien, Behörden und Institutionen erhebliche Mittel in Public Relations, anstatt diese Ressourcen zur Förderung partizipativer Prozesse zu nutzen. Ein weiteres Problem ist die Abhängigkeit von Expert*innen, deren Unabhängigkeit oft durch Karriereinteressen und parteipolitische Einflüsse eingeschränkt ist.

Lösungsansätze:

1. **Einführung von Townhall-Meetings:** Um die Bürgernähe zu stärken, sollten verpflichtende Townhall-Meetings eingeführt werden, die insbesondere auch marginalisierte und unterrepräsentierte Gruppen einbeziehen.
2. **Öffentliche Hearings bei Personalentscheidungen:** Personalentscheidungen in öffentlichen Institutionen sollten zwingend durch öffentliche Hearings begleitet werden, um Transparenz zu gewährleisten.
3. **Förderung partizipativer Prozesse:** Die Mittel, die derzeit in Public Relations fließen, sollten zur Unterstützung von partizipativen Prozessen wie Bürger*innenräten umgeleitet werden. Dies würde zu mehr demokratischer Kompatibilität und weniger Hinterzimmerpolitik führen.
4. **Kritische Betrachtung von Expert*innenkommissionen:** Die Bildung einer Schattenregierung von Expert*innen sollte kritisch hinterfragt werden. Um die Perspektive unterprivilegierter Schichten zu berücksichtigen, könnten diesen Kommissionen zusätzlich Betroffenen-Räte zur Seite gestellt werden.

Entscheidungsfindung

Effizientere Gesetzgebung

Problembeschreibung:

Aktuell werden Gesetzesentwürfe sowie Verordnungen und Berichte in einem Koordinierungsausschuss der Koalition abgestimmt und finalisiert. Dieser Prozess

ist, wie auch aus der öffentlichen Berichterstattung hervorgeht, mühsam und langwierig. Nach Abschluss dieses Prozesses besteht bei den Regierungsmitgliedern nur noch eine geringe Bereitschaft, im anschließenden Begutachtungsverfahren und während des parlamentarischen Prozesses inhaltliche Änderungen vorzunehmen. Dies führt zu teils fragwürdigen inhaltlichen und rechtlichen Ergebnissen.

Lösungsvorschläge:

Es sollte eine **Änderung des Ablaufs bei der Ausarbeitung von Entwürfen** und eine **Rückkehr zur früheren Vorgehensweise bei der Erarbeitung von Regierungsvorlagen** in Betracht gezogen werden. Dabei erarbeitet die zuständige Ministerialsektion einen Entwurf, der auch Stakeholder einbeziehen kann, und übermittelt diesen an die Ministerin bzw. den Minister. Nach einer Entscheidung, die auch Änderungen beinhalten kann, wird der Entwurf im Ministerrat eingebracht. Das anschließende Begutachtungsverfahren sollte ohne Zeitdruck erfolgen. In der parlamentarischen Beratung wird auf das Begutachtungsergebnis Bezug genommen, und es sollte eine ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzung stattfinden.

Effiziente Verwaltung als Grundlage für gutes Regieren

Problembeschreibung: Das Vertrauen der Bevölkerung in Verwaltung und Politik nimmt seit Jahren ab. Diese Entwicklung ist nicht nur auf externe Krisen und Herausforderungen zurückzuführen, sondern auch auf interne Defizite in der österreichischen Verwaltung. Das einst hohe Niveau der Verwaltung hat sich verschlechtert, was sich negativ auf ihre Funktionsfähigkeit und damit auch auf die demokratische Akzeptanz auswirkt. Ursächlich sind parteipolitische Besetzungen von Leitungsfunktionen, eine Trennung zwischen politischer Ebene und Verwaltung, operative Übersteuerung bei gleichzeitiger strategischer Untersteuerung, Qualitätsverluste im Service und eine damit einhergehende Demotivation des Personals. Diese Mängel beeinträchtigen nicht nur die tagesaktuelle Verwaltung und Politikberatung, sondern insbesondere auch die Bereiche Krisenprävention, Krisenmanagement und Zukunftssicherung. Angesichts der sich rasch ändernden geopolitischen, technologischen und klimatischen Rahmenbedingungen ist eine kompetente und flexible Verwaltung für eine effektive Politik unerlässlich.

Lösungsvorschläge:

1. **Ersatz der Generalsekretär*innen durch Staatssekretär*innen:** Wo erforderlich, sollen Staatssekretär*innen die Bundesminister bei der Ressortsteuerung unterstützen.

2. **Reduzierung der Ministerkabinettsgröße:** Die "Parallelverwaltung" durch überdimensionierte Ministerkabinetten soll zurückgefahren werden. Gleichzeitig sollen klare **Qualitätsanforderungen und ein Verhaltenskodex für Kabinettsmitarbeiter und leitende Funktionen** eingeführt werden.
3. **Objektive und transparente Personalentscheidungen:** Aufnahmen und Beförderungen im öffentlichen Dienst sollen durch eine unabhängige Stelle objektiviert und transparenter gestaltet werden.
4. **Verpflichtende Führungslehrgänge für Leitungsfunktionen:** Für alle Leitungs- und Spitzenfunktionen der Bundesverwaltung sollen verbindliche **Führungslehrgänge mit genau definierten Zugangs- und Prüfungsverfahren** eingeführt werden, deren Absolvierung Voraussetzung für eine Bewerbung und Ernennung ist.
5. **Strategische Koordinationsstelle im Bundeskanzleramt:** Eine **strategische Koordinationsstelle** soll die Regierung durch Lage- und **Umfeldanalysen** sowie Vorschläge für strategische Ziele unterstützen.
6. **Systematische Strategieentwicklung:** Ziele, Strategien und Maßnahmen sollen systematisch erarbeitet und kommuniziert werden, unter Einbeziehung von Wissenschaft, Zivilgesellschaft sowie Länder- und Gemeindevertretern.
7. **Unabhängiges Krisenmanagement:** Das **Krisenmanagement soll vor tagespolitischen Interventionen geschützt und durch kontinuierliche Beobachtung, Evaluierung und Optimierung als lernendes System organisiert** werden.
8. **Erhöhung der Transparenz:** Entscheidungsprozesse sollen durch **lückenlose Dokumentation und Nachvollziehbarkeit** transparenter gestaltet werden.
9. **Investitionen in Bildung und Digitalisierung:** **Überdurchschnittliche Investitionen in Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Wissenstransfer sowie eine zentrale Steuerung der Digitalisierung auf Bundesebene sind erforderlich**, um internationale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten.

Förderung der Metakommunikation zwischen politischen Parteien

Problembeschreibung: Für die Weiterentwicklung sozialer Systeme, einschließlich der parlamentarischen Demokratie, ist Metakommunikation – also die Reflexion und Selbstvergewisserung über Kommunikations-, Kooperations- und Konfliktbewältigungspraktiken – unerlässlich. Bisherige Initiativen wie "Chance Demokratie" und "Bessere Verwaltung" haben gezeigt, dass diese Form

der Reflexion möglich ist, jedoch fehlt es an fortlaufenden und strukturierten Ansätzen zur Etablierung solcher Prozesse.

Lösungen: Es sollten weitere Pilotprojekte ins Leben gerufen werden, die den Austausch zwischen politischen Parteien außerhalb des Tagesgeschäfts in einem geschützten und gut moderierten Rahmen ermöglichen. Diese Projekte könnten dazu beitragen, politische Praktiken, Grundsätze und Positionierungen zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Bisher haben Initiativen und Netzwerke Politiker eingeladen; zukünftig sollten Politiker jedoch selbst ermutigt werden, solche Projekte zu initiieren. Die Veranstaltung im Parlament am 12. September 2024 stellt einen Schritt in diese Richtung dar.

Mehr Mitbestimmung für mündige Bürger*innen: Starten wir im Kleinen!

Problembeschreibung:

Bürger*innen sehen sich heute nicht mehr nur als Wählende, die den Politiker*innen blind vertrauen, sondern begegnen politischen Entscheidungen zunehmend mit Misstrauen. Selbst bei Bürgerbeteiligungsmodellen für lokale Veränderungen fehlt oft die nötige Transparenz, was nach der Umsetzung zu anhaltenden Diskussionen über die Kosten führt. Besonders im Wahlkampf betonen Parteien häufig die Bedeutung des Souveräns und fordern mehr Volksabstimmungen. Doch der Bund ist nicht die richtige Ebene für mehr Mitbestimmung; diese muss in den Gemeinden und Ländern gestärkt werden.

Lösungen:

1. Transparenz der Ausgaben:

- Durch die Nutzung moderner Technologien wie AI und das Internet könnten alle Ausgaben der öffentlichen Hand transparent gemacht werden. Dies würde es den Bürger*innen ermöglichen, nachzuvollziehen, wie Steuergelder verwendet werden.

2. Bürger*innen auf lokaler Ebene:

- Bevor Mitbestimmung auf bundesweiter Ebene umgesetzt wird, sollten Bürger*innen auf Gemeinde- und Länderebene in Entscheidungen einbezogen werden, etwa ob eine Kreuzung zu einem Kreisverkehr umgebaut, eine neue Straße gebaut oder ein Spielplatz errichtet wird.

3. Schrittweiser Ansatz zur Ausweitung der Mitbestimmung:

- Der erste Schritt sollte ein **Ausgaben-Transparenzgesetz** sein, das für alle Gebietskörperschaften verbindliche Regeln für Buchhaltung und Information festlegt.
- Der zweite Schritt wäre ein **Bürger*innenbeteiligungs-Gesetz**, das festlegt, ab welcher Ausgabenhöhe (absolut und relativ) Bürger*innen mitbestimmen dürfen.

So können wir schrittweise eine fundierte Mitbestimmung etablieren und das Vertrauen der Bürger*innen in politische Entscheidungen stärken.

Förderung des Verständnisses für politische Entscheidungsprozesse

Problembeschreibung:

In der Gesellschaft besteht oft das Missverständnis, dass komplexe Herausforderungen einfache Lösungen erfordern. Dies führt zu einer unzureichenden Wertschätzung für die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse und die Notwendigkeit sorgfältiger Gesetzgebungsarbeit.

Lösungen:

1. **Demokratieverständnis in der Bildung verankern:** Bereits **ab der Volksschule sollten Schüler*innen die Möglichkeit erhalten, Entscheidungsprozesse kennenzulernen und zu praktizieren**, beispielsweise durch Simulationen kleiner Gesetzgebungsprozesse. Dies fördert das Verständnis dafür, dass komplexe Probleme differenzierte Lösungen erfordern und vermittelt gleichzeitig die Bedeutung der Gesetzgebung.
2. **Zukunftsvision für Österreich entwickeln:** Jede neue Gesetzesinitiative sollte klar aufzeigen, wie sie zur Verwirklichung einer gemeinsamen, auf Konsens beruhenden **Zukunftsvision für Österreich** beiträgt. Dies könnte durch die Weiterentwicklung des Wirkungsmonitorings unterstützt werden.
3. **Einblick in die EU-Gesetzgebung erhöhen:** Der Gesetzgebungsprozess auf europäischer Ebene ist bereits transparenter gestaltet als auf nationaler Ebene. Ausschusssitzungen, Gesetzesvorschläge, Berichtsentwürfe und Änderungsanträge der EU-Abgeordneten sind online einsehbar. Diese Transparenz, begleitet durch mediale Berichterstattung, kann zu einer besseren Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz politischer Entscheidungen beitragen.

Offenheit und Nachvollziehbarkeit als Grundpfeiler der Entscheidungsfindung

Problembeschreibung:

Transparenz spielt eine zentrale Rolle in Entscheidungsprozessen. Häufig fehlt es jedoch an der notwendigen Offenheit, was zu intransparenten und schwer nachvollziehbaren Entscheidungen führt. Dies mindert die Akzeptanz demokratischer Prozesse.

Lösungen:

Um objektive und nachvollziehbare Entscheidungen zu gewährleisten, ist es notwendig, fachlichen Input aus Verwaltung, Wissenschaft und anderen relevanten Stakeholdern einzubeziehen und zu dokumentieren. Zudem können wir von den Erfahrungen anderer Länder, insbesondere aus dem nordischen Raum, lernen und diese Erkenntnisse in unsere Entscheidungsprozesse integrieren.

Fragen:

Welche Qualifikationen bzw. Auswahlkriterien sollten bei der Auswahl von Personen für die zentralen politischen Funktionen - Nationalratspräsident*in, Innen- und Justizminister*in sowie Kanzler*in - angewendet werden, um sicherzustellen, dass nur demokratisch verantwortungsbewusste Personen gewählt oder ernannt werden?

Auswahlkriterien für Staatsorgane: Problem und Lösungsansätze

Problembeschreibung:

Die Festlegung von Auswahlkriterien für Staatsorgane innerhalb der geltenden Verfassung gestaltet sich schwierig. Die Verfassung vertraut auf die rechtspositivistische Zuständigkeit der dafür vorgesehenen Organe. Eine Einschränkung der Anforderungen auf einzelne Organe, wie den Nationalratspräsidenten, den Bundeskanzler, das Innenministerium oder das Justizministerium, erscheint verfassungsrechtlich unzulässig und sachlich unangemessen. Obwohl für diese Positionen strengere Kriterien sinnvoll sein könnten, darf dies nicht auf Kosten der Verfassungskonformität geschehen.

Lösungsansätze:

Am sinnvollsten erscheint mir eine allgemeine Diskussionsphase, die der Ernennung von Regierungsmitgliedern sowie der Wahl des Nationalratspräsidenten vorausgeht. Dieser könnte ein allgemein vom Parlament beschlossener Kriterienkatalog zugrunde liegen, etwa dass ein zukünftiger Parlamentspräsident über parlamentarische Erfahrung verfügen und demokratiepolitisch verlässlich sein muss.

Zudem könnte das Kurationsrecht des Bundespräsidenten, das erst durch die Verfassungsnovelle 1929 eingeführt wurde, hinterfragt und gegebenenfalls reformiert werden. Dieses Kurationsrecht bezieht sich auf die Befugnis des Bundespräsidenten, die Mitglieder der Regierung zu ernennen. Der Verfasser stellt also zur Diskussion, ob diese Befugnis des Bundespräsidenten noch zeitgemäß und angemessen ist oder ob sie möglicherweise geändert oder eingeschränkt werden sollte.

Vorschläge zur Verbesserung der Ministerernennung: Fachliche Eignung, Demokratische Gesinnung und Öffentliches Hearing

Problembeschreibung: Das Ernennungsrecht für Ministerinnen und Minister liegt zwar formell beim Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers, doch fehlt es oft an Transparenz und breiter Akzeptanz der Entscheidung.

Lösungen: Um diese Defizite zu adressieren, könnten folgende Kriterien eingeführt werden:

- **Fachliche Eignung:** Eine Justizministerin oder ein Justizminister sollte beispielsweise eine juristische Ausbildung und/oder einschlägige berufliche oder politische Erfahrung im entsprechenden Fachbereich vorweisen.
- **Demokratische Gesinnung:** Die politische Laufbahn und bisherige öffentliche Aussagen sollten daraufhin überprüft werden, ob sie demokratischen Grundsätzen entsprechen. Personen, die demokratiegefährdende, hetzerische oder notorisch unwahre Aussagen getätigt haben, sollten für das Amt disqualifiziert werden.
- **Öffentliches Hearing:** Die von der Partei nominierte Person sollte sich einem öffentlichen Hearing stellen. Dieses sollte vor Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Vertretern relevanter Organisationen, Institutionen und Interessensvertretungen stattfinden.

Transparenz und Integrität bei der Besetzung politischer Positionen

Problembeschreibung: Bevor spezifische Qualifikationen oder Auswahlkriterien für hochrangige politische und politnahe Positionen diskutiert werden, muss der grundlegende Auswahlprozess festgelegt werden. Dieser Prozess sollte für alle betroffenen Positionen gleichermaßen gelten und sicherstellen, dass die Auswahl transparent und nachvollziehbar ist.

Lösungen:

1. **Transparenz:** Der Auswahlprozess muss klar definiert und für alle einsehbar sein.
2. **Offenheit:** Die geplante Besetzung sollte rechtzeitig den berechtigten Kandidat*innen kommuniziert werden.
3. **Entscheidung:** Die Auswahlentscheidung muss den zuständigen Personen überlassen werden.

Die Kriterien für die Auswahl müssen von den verantwortlichen Personen festgelegt und veröffentlicht werden. Sie sollten Mindeststandards erfüllen, die noch zu erarbeiten sind, und als Basis für die Bewertung der Bewerber*innen dienen. Innerhalb des Spitzenfeldes sollte es Flexibilität bei der Auswahl geben,

wobei auch qualitative Kriterien zulässig sind, solange diese transparent und klar kommuniziert werden.

Allgemeine Qualifikationen:

1. **Unbescholtenheit:** Dies umfasst mehr als das bloße Fehlen von Verurteilungen.
2. **Ethikkodex:** Ein verbindlicher Ethikkodex muss festgelegt oder angepasst werden.
3. **Unvereinbarkeitsregelungen:** Strikte Regeln zur Vermeidung von Interessenkonflikten sind erforderlich.
4. **Cooling-off Perioden:** Obligatorische Übergangsphasen zwischen verschiedenen hochrangigen Positionen müssen eingeführt werden.

Entschleunigung der Personalauswahl bei Minister*innen

Problembeschreibung

Ein häufig wiederkehrendes Problem bei der Ernennung von Minister*innen ist die extrem kurze Entscheidungsfrist, die den betroffenen Personen zur Verfügung steht. Oftmals beträgt diese lediglich wenige Stunden bis maximal einen Tag. Diese Praxis hängt möglicherweise damit zusammen, dass Personalfragen erst am Ende von Koalitionsverhandlungen behandelt werden und dass mediales "Namedropping" oder Leaks verhindert werden sollen, da diese den betroffenen Personen schaden könnten.

Lösungsvorschläge

Es wäre ratsam, bereits während der Koalitionsverhandlungen ein begleitendes Screening von potenziellen Kandidat*innen für Ministerämter durchzuführen. Dadurch könnte die Entscheidungsfrist verlängert und die Kandidat*innen besser analysiert werden, was zu überlegteren und fundierteren Personalentscheidungen führen würde. Jedoch besteht dabei die Notwendigkeit, diesen Prozess äußerst vertraulich zu gestalten, um zu vermeiden, dass die Kandidaten wochenlang öffentlich diskutiert werden. Dies könnte nach dem Vorbild eines Personalausschusses in einem gut funktionierenden Aufsichtsrat geschehen. Eine solche Handhabung könnte verhindern, dass qualifizierte Personen aus Angst vor öffentlicher Diskussion das politische Feld meiden.

Auswahlkriterien für Nationalratspräsident*innen und Regierungsmitglieder

Problembeschreibung:

Bei der Auswahl von Nationalratspräsident*innen und Regierungsmitgliedern gibt es unterschiedliche Anforderungen im fachlichen und persönlichen Bereich, die berücksichtigt werden müssen. Diese Kriterien sind entscheidend, um sicherzustellen, dass die betreffenden Personen in der Lage sind, ihre Aufgaben objektiv, sachorientiert und im Interesse der parlamentarischen Demokratie auszuführen.

Kriterien für Nationalratspräsidenten:

Nationalratspräsidenten sollten, insbesondere wenn sie zuvor nicht dem Parlament angehörten, bereits über **parlamentarische Erfahrung** verfügen, sei es im Nationalrat, Bundesrat oder in den Landtagen. Diese Erfahrung ist notwendig, um zu erwarten, dass sie die **parlamentarischen Fähigkeiten wie die Handhabung der Geschäftsordnung, Verhandlungsbereitschaft und Kompromissfähigkeit** mitbringen. Sie sollten **fähig sein, das Ansehen des Parlaments zu wahren und zu fördern**, was sich in einem sachorientierten und ausgleichenden Auftreten zeigt. Wichtig ist, dass sie **keine Zweifel an ihrer demokratischen Gesinnung aufkommen lassen**.

Kriterien für Regierungsmitglieder:

Regierungsmitglieder sollten **aufgrund ihrer bisherigen beruflichen Laufbahn als fachlich kompetent gelten**, auch wenn sie keine spezifische Sachkenntnis in ihrem Ressort nachweisen müssen. Falls sie bereits politisch aktiv waren, sollte ihre Karriere darauf hinweisen, dass sie **im Zweifel das allgemeine Wohl über die Interessen ihrer entsendenden Partei stellen**. Ihr **Führungsverhalten** muss sicherstellen, dass sie in der Lage sind, einen öffentlichen Apparat zu leiten, ohne ausschließlich auf parteipolitische Kräfte angewiesen zu sein. **Es darf kein Zweifel daran bestehen, dass sie überzeugte Anhänger der parlamentarischen Demokratie sind**.

Public Value Test für Politiker*innen: Ein notwendiger Demokratie-Check

Problembeschreibung: Das Niveau der politischen Auseinandersetzung ist auf ein bedenklich niedriges Niveau gesunken. Einfache Schwüre auf Demokratie und Republik reichen nicht mehr aus, um negative Verhaltensweisen wie Lügen, Täuschung, Korruption und die Diskreditierung politischer Gegner auszuschließen. Dieses Phänomen betrifft auch sogenannte „staatstragende Parteien.“ Die soziale Schichtung im Parlament stellt ein zusätzliches demokratiepolitisches Problem dar: Die Interessen unterprivilegierter Gruppen werden häufig nur von Mitgliedern der Eliten vertreten, was ein klares Defizit in

der repräsentativen Demokratie darstellt. Das führt zu Wut, Enttäuschung und einer Zunahme von populistischer Empörung, da die politischen Realitäten und Anliegen dieser Gruppen ignoriert werden.

Lösungen: Ein „Public Value-Test“ für Politiker*innen, ähnlich dem, dem sich öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten unterziehen, könnte ein geeignetes Verfahren sein, um die demokratiepolitische Kompatibilität von Politiker*innen zu überprüfen. Ein solcher Test würde dazu beitragen, Lügen, Täuschungen und korruptes Verhalten zu minimieren.

Ergänzend sollten verbindliche und komplementäre Verfahren zum parlamentarischen Gesetzgebungsprozess eingeführt werden. Dazu könnten Konsultationen und Beiräte gehören, die die Perspektiven und Anliegen unterprivilegierter oder nonkonformer Bevölkerungsgruppen authentisch vertreten. Diese Maßnahmen könnten einen „Reality Check“ ermöglichen und so das Vertrauen in die Demokratie stärken.

Die Forderung nach mehr Transparenz und Bürgernähe bleibt ebenfalls zentral. Ein breiteres Spektrum an sozialen Schichten im Parlament würde dazu beitragen, dass unterschiedliche Interessen besser repräsentiert und demokratische Defizite verringert werden. Nur so kann vermieden werden, dass postdemokratische Inszenierungen die soziale Realität ignorieren und neue Protestbewegungen wie die „Gelbwesten“ oder „Querdenker“ entstehen.

Mission Letters für Minister*innen zur Steigerung der Regierungsverantwortung

Problembeschreibung: Zu Beginn jeder EU-Kommission ist es gängige Praxis, dass die Kommissar*innen einen öffentlichen Mission Letter von der/dem Kommissionspräsident*in erhalten, der das Arbeitsprogramm der Kommission umreißt. Diese Praxis fehlt jedoch auf nationaler Ebene für frisch angelobte Minister*innen.

Lösungen: Es wäre sinnvoll, das Regierungsprogramm in konkrete Mission Letters zu überführen, die von der/dem Bundeskanzler*in an die jeweiligen Minister*in übermittelt werden. Dies würde den öffentlichen Druck auf die Umsetzung des Regierungsprogramms erhöhen. Ein Aspekt dieser Mission Letters sollte ein klares Bekenntnis zur Demokratie, dem Rechtsstaat und zur Europäischen Deklaration der Menschenrechte sein, die auch Teil des österreichischen Rechts ist. Dies sollte außer Streit gestellt werden.

Darüber hinaus könnte eine öffentliche Antwort der Minister*in auf diese Mission Letters gefordert werden, in der sie ihre geplanten Maßnahmen zur Umsetzung

des Programms konkret darlegen. Dies würde den entschlossenen Willen zur Umsetzung und die Verantwortlichkeit der Minister*in unterstreichen.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Problembeschreibung:

In der österreichischen Bundesverfassung spielt der Bundespräsident eine zentrale Rolle bei der Auswahl der Mitglieder der Bundesregierung, während die Abgeordneten des Nationalrats über die Wahl der/s Nationalratspräsident*in abstimmen. Diese Entscheidungen basieren auf Vorschlägen der Klubs.

Lösungen:

Um sicherzustellen, dass diese wichtigen politischen Ämter von demokratisch verantwortungsbewussten Personen besetzt werden, ist eine wachsame Zivilgesellschaft unerlässlich. Demokratie erfordert das Engagement jedes Einzelnen.